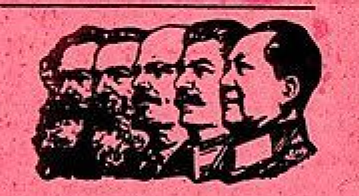
REVOLUTIONÄRER WEG



Probleme
des Marxismus-Leninismus
Theoretisches Organ der KPD/ML

2/69

DER WEG ZUM SOZIALISMUS

Die Möglichkeit des friedlichen Weges

Marx, Engels und Lenin zu dieser Frage

Formen des Klassenkampfes

Inhalt

D e r W e g z u m S o z i a l i s m u s

Redaktionskollektiv: "Revolutionärer Weg"
Verantwortlich Willi Dickhut, 565 Solingen 11
Ulmenstr.10

"Um aber wirklich die Vorhut zu sein, muß die Partei mit einer revolutionären Theorie, mit der Kenntnis der Gesetze der Bewegung, mit der Kenntnis der Gesetze der Revolution gewappnet sein. Sonst ist sie nicht imstande, den Kampf des Proletariats zu leiten, das Proletariat zu führen. Die Partei kann keine wirkliche Partei sein, wenn sie sich darauf beschränkt, zu registrieren, was die Masse der Arbeiterklasse empfindet und denkt, wenn sie hinter der spontanen Bewegung einhertrottet, wenn sie die Trägheit und die politische Gleichgültigkeit der spontanen Bewegung nicht zu überwinden vermag, wenn sie sich nicht über die augenblicklichen Interessen des Proletariats zu erheben vermag, wenn sie die Massen nicht auf das Niveau der Klasseninteressen des Proletariats zu heben vermag. Die Partei muß der Arbeiterklasse voraus sein, sie muß weiter sehen als die Arbeiterklasse, sie muß das Proletariat führen und darf nicht hinter der spontanen Bewegung einhertrotten."

(Stalin: "Fragen des Leninismus")

D e r W e g z u m S o z i a l i s m u s

I. Schafft die Veränderung der Weltlage die Möglichkeit des friedlichen oder parlamentarischen Weges zum Sozialismus?

In dem allgemein beachtlichen Buch "Kategorien der marxistischen Dialektik" (Gemeinschaftsarbeit einiger sowjetischer Wissenschaftler) wird an mehreren Stellen als Beispiel auf die Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU bezüglich des Weges zum Sozialismus wie folgt hingewiesen:

"Diese Beschlüsse verallgemeinern die Praxis des Übergangs zum Sozialismus in den verschiedenen Ländern; sie gehen dabei davon aus, daß sich der einheitliche Inhalt dieses Übergangs auch in der weiteren Entwicklung in mannigfachen Formen offenbaren wird, zum Beispiel auch in der des friedlichen Übergangs, indem das werktätige Volk im

Parlament die Mehrheit erringt und es zu einem Instrument sozialistischer Umgestaltungen macht."

So auf Seite 62 und ähnlich heißt es auf Seite 89. Die beiden Stellen legen in dieser Form den Akzent einseitig auf den "friedlichen bzw. parlamentarischen Weg" zum Sozialismus. Auf Seite 256/257 werden die beiden Wege - der bewaffnete und der friedliche Weg - nebeneinander gestellt, allerdings bei starker Betonung des friedlichen Weges mit ausführlicher Begründung, warum diese Möglichkeit heute besteht und wie sie ausgenutzt werden kann. Da es sich hier um eine Musterbegründung handelt, soll sie im vollen Wortlaut wiedergegeben werden:

"Die sozialistische Revolution wird somit entweder in der Form des bewaffneten Kampfes oder auf friedlichem Wege, ohne bewaffneten Aufstand und Bürgerkrieg, vollzogen. Der XX. Parteitag hat darauf verwiesen, daß es in einigen Ländern möglich ist, den parlamentarischen Weg zur Eroberung der Macht durch das Proletariat auszunutzen.

Die Möglichkeit erklärt sich durch die gegenwärtigen, neuen Bedingungen im internationalen Maßstab und innerhalb der bürgerlichen Länder. Heute existiert das mächtige Lager des Sozialismus, das immer stärker wird und mehr als ein Drittel der gesamten Menschheit umfaßt. Sein Einfluß auf das internationale Leben und auf die Stimmung der Massen in der ganzen Welt nimmt ständig zu. In den kapitalistischen Ländern bestehen heute überall marxistisch-leninistische Parteien, deren Autorität unter den Volksmassen immer mehr wächst. Die Parteien werden im Kampfe immer mehr gestählt. Die Einheit der Arbeiterklasse wird immer fester. Das kapitalistische System wird schwächer, wird immer labiler. Das Kolonialsystem des Imperialismus zerfällt. Das Monopolkapital bringt der Arbeiterklasse eine immer größere Verelendung und eine immer schwerere Steuerlast, die weitgehend durch das Wettrüsten, durch die Massenarbeitslosigkeit und durch die zunehmende Ausbeutung hervorgerufen wird. Die Bauernschaft wird durch die von den Monopolen betriebene Preispolitik auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion, durch die Steuerlast und die Konkurrenz der Großproduktion immer mehr ruiniert. Dies alles schafft und verbreitert die Massenbasis für sozialistische

Umgestaltungen in den kapitalistischen Ländern.

Die Massen wenden sich gegen die reaktionäre Bourgeoisie, weil diese eine antidemokratische Politik betreibt und die Rechte des Volkes beschneidet, weil sie die nationale Unabhängigkeit verrät und verkauft, um damit die Unterstützung der Monopolherren der USA für ihre volksfeindlichen Bestrebungen zu erlangen, und schließlich, weil die Imperialisten einen neuen Kriegsbrand zu entfachen versuchen, was die Völker aufs tiefste empört.

Unter diesen Bedingungen haben die kommunistischen Parteien die reale Möglichkeit, die breitesten Volksmassen auf ihre Seite zu ziehen, sie um sich zu scharen und im Kampf gegen das Monopolkapital eine feste Mehrheit im Parlament zu erhalten. Wenn die kommunistischen Parteien die Mehrheit im Parlament erobert haben, können sie die neue proletarische Macht errichten, die Produktionsmittel vergesellschaften, nationalisieren und an den Aufbau des Sozialismus gehen. Der konkrete Verlauf der Ereignisse wird abhängen von den Bedingungen in jedem Lande und von dem Grad des Widerstandes der Bourgeoisie.

Die bedeutenden Veränderungen im Verhältnis der Klassenkräfte, das heißt im Inhalt des politischen Lebens, in der gegenwärtigen historischen Etappe machen es für einige kapitalistische Länder möglich, den friedlichen, darunter auch den parlamentarischen Weg zum Sozialismus zu beschreiten".

Die derartig behandelten Fragen bilden eben kein "Musterbeispiel für die Konkretisierung der allgemeinen Kategorien (Seite 62), wie Inhalt und Form, Wesen und Erscheinung, berücksichtigen nicht möglichst allseitig die Faktoren für und gegen, sondern lassen sogar entscheidende Dinge unberücksichtigt - kurz man ist eben nicht dialektisch an die Fragen herangegangen. So wurden dabei ganz außer acht gelassen:

1. das Wesen des Monopolkapitals bzw. des Imperialismus;

2. der Staat als Machtinstrument der herrschenden Klasse;

3. die Wirkung der bürgerlichen Ideologie und die Monopolisierung der Propagandainstrumente zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung;

4. die Einschränkung der bürgerlich-demokratischen

Rechte und Freiheiten, besonders bei parlamentarischen Erfolgen der Linken;

5. der Sozialdemokratismus als Agentur des Imperialismus in der Arbeiterklasse.

Wir wollen die Punkte 1 bis 5 näher untersuchen.

1. <u>Das Wesen des Monopolkapitals bzw. des Imperialismus</u>

Hat sich infolge der Veränderung der Weltlage, der Entstehung des mächtigen Lagers des Sozialismus, das Wesen des Imperialismus, der monopolkapitalistische Charakter der imperialistischen Staaten geändert? Schon oberflächlich gesehen zeigt zum Beispiel das Vorgehen des USA-Imperialismus in Vietnam, in Afrika, in Mittel- und Südamerika ganz offensichtlich, daß sich das Wesen des Imperialismus nicht geändert hat. Im Gegenteil: Durch die enge Verbindung der ökonomischen Macht der Monopole mit der Macht des Staatsapparates im heutigen Stadium des Kapitalismus tritt das Wesen des Imperialismus noch ausgeprägter hervor. Was sich geändert hat, ist nicht das Wesen, sondern sind die Methoden des Imperialismus.Er ist heute kaum mehr in der Lage, die alten Methoden der Unterdrückung der Völker und die alte Form der kolonialen Ausbeutung aufrechtzuerhalten. Die Methoden sind raffinierter geworden, um den Völkern den Neokolonialismus aufzuzwingen. Dabei bestehen alle inneren Widersprüche des Imperialismus nach wie vor. Sie treten sogar krasser als je zuvor in Erscheinung, und zwar:

a) der Grundwiderspruch des Kapitalismus - der gesellschaftliche Charakter der Produktion und die privatkapitalistische Aneignung - wird durch die Methoden und Mittel des Monopolkapitalismus verschärft;

b) der Konkurrenzkampf der einzelnen Monopolgruppen wird durch das Ringen um den Anteil an der Staatsmacht ebenfalls verschärft;

c) die Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen zum Zwecke der Erringung von Maximalprofiten wird durch die Verschmelzung des Monopolkapitals mit dem Staatsapparat enorm verstärkt, wobei der Staat auch ökonomische Funktionen zur Sicherung der Maximalprofite übernimmt.

Aus alledem ergibt sich, daß sich das Wesen des Imperialismus weder geändert hat noch ändern kann. Mao Tse-tung hat recht, wenn er feststellt:

"Wenn wir sagen, 'der Imperialismus ist sehr grausam', so bedeutet das, daß sein Wesen nicht zu än-

> dern ist; die Imperialisten wollen bis zu ihrem Untergang nicht die Waffen strecken, daher können sie nie Buddhas werden."

Es ist deshalb gefährlich irgendwelche falschen Schlußfolgerungen über das Wesen des Imperialismus zu ziehen. Darauf weist der Leitartikel in der chinesischen Tageszeitung "Renmin Ribao" (Volkszeitung) vom 27.2.63 hin:

> "Die angeführten falschen Anschauungen lassen insgesamt nur einen Schluß zu, nämlich, daß sich die Natur des Imperialismus geändert hat, daß alle dem Imperialismus innewohnenden, unüberwindlichen Widersprüche nicht mehr bestehen, daß der Marxismus-Leninismus bereits überholt ist und daß die Moskauer Deklaration (1960) für ungültig erklärt werden soll".

Aus der Möglichkeit der Verhinderung eines Weltkrieges infolge der Veränderung der Weltlage (sozialistisches Lager und Weltfriedensbewegung) zu schließen, daß nunmehr ohne weiteres die Möglichkeit des friedlichen Weges zum Sozialismus gegeben sei, ist falsch. Deshalb wandte sich das ZK der KP Chinas bereits in dem "I. Kommentar" zu den Auseinandersetzungen im kommunistischen Weltlager vom 6.9.63 gegen eine solche Auffassung:

> "Unter dem Vorwand, daß in der Welt 'grundlegende Veränderungen' vor sich gegangen seien, stellte Chruschtschow in seinem Bericht auf dem XX. Parteitag der KPdSU die These des sogenannten 'friedlichen Übergangs' auf. Er sagte, der Weg der Oktoberrevolution wäre 'unter jenen historischen Bedingungen' der 'einzig richtige Weg' gewesen. Aber da sich jetzt die Lage geändert hätte, bestünde heute die Möglichkeit, den 'parlamentarischen Weg' für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus zu benutzen. Diese falsche Ansicht ist ihrem Wesen nach eine offene Revision der Lehren des Marxismus-Leninismus über Staat und Revolution und eine klare Verleugnung der allgemein gültigen Bedeutung des Weges der Oktoberrevolution."

Diese Revision des Marxismus-Leninismus, die im nachfolgenden erläutert wird, ist die wesentliche Ursache der Verbreitung solch gefährlicher Illusionen, wie das zum Beispiel in den Thesen zu dem Buch einiger DDR-Autoren "Imperialismus heute", noch deutlicher als in dem Buch selbst, zum Ausdruck kommt. Es heißt hier in These 28 u.a.:

> "Unter den neuen Bedingungen wachsen die realen Möglichkeiten, die Monopolbourgeoisie daran zu hin-

dern, den friedlichen Weg zum Sozialismus zu blockieren, Bürgerkriege zu entfesseln und bewaffnete imperialistische Interventionen zu organisieren, wofür vor allem drei miteinander verbundene Faktoren entscheidend sind. Es sind dies die stabile Einheit der demokratischen Kräfte, die reale Stärke des siegreichen Sozialismus, die auch die Formen der Revolution beeinflußt, und schließlich die Tatsache, daß der revolutionäre Prozeß immer eindeutiger von ständig wirkenden Faktoren bestimmt wird und zeitweilige oder periodische Erscheinungen in den Hintergrund treten."

Gerade das Gegenteil wird eintreten, weil sich das Wesen des Imperialismus nicht geändert hat. Je stärker der Druck der "demokratischen Kräfte" auf die Macht des Monopolkapitalismus wird, um so wilder und brutaler wird er die ihm zur Verfügung stehenden Machtmittel - Armee, Polizei, Justiz u.a. - gegen die werktätigen Massen einsetzen. Die oben angeführten "realen Möglichkeiten" sind nichts als revisionistische Illusionen. In einem Interview mit der "Zeit" äußerte ein namentlich nicht genannter Bundeswehr-Hauptmann: "Machen wir uns doch nichts vor. Die Bundeswehr ist ein Machtfaktor. Sollte es mal von links putschen, dann sind wir da, mit oder ohne Notstandsgesetze". Was hier unter "putschen" zu verstehen ist, ist jeder Versuch der "demokratischen Kräfte", die Macht des Monopolkapitals "zurückzudrängen", ist jeder Protest gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Was der Hauptmann zum Ausdruck bringt, ist die Realität des Machtapparates in den Händen des Monopolkapitals, und diese Realität wird alle revisionistischen Illusionen hinwegfegen. Ein einleuchtendes Beispiel wurde 1964 in Italien geliefert, als bereits die Bildung einer Mitte-Links-Regierung (unter Ausschluß der KPI) Putschabsichten des Geheimdienstes SIFAR und von Teilen der Armee hervorrief.

2. Der Staat als Machtinstrument der herrschenden Klasse

Nach Marx, Engels, Lenin und Stalin ist der Staat das M a c h t-instrument der herrschenden Klasse. In der vorimperialistischen Epoche war das Machtinstrument der Bourgeoisie noch nicht so entwickelt wie in der Periode des Imperialismus. Und besonders nach dem II. Weltkrieg, also trotz Vorhandensein des sozialistischen Lagers, oder eben deswegen, ist der staatliche Machtapparat des Imperialismus noch stärker geworden. Selbst Chruschtschow mußte in seiner Rede auf dem XXII. Par-

teitag der KPdSU am 18.10.61 zugeben:

> "Die monopolistische Bourgeoisie hat in der Nachkriegszeit eine neue reaktionäre 'Heilige Allianz', Militärblocks, geschaffen, die mit ihrer Spitze nicht nur gegen die sozialistischen Länder, sondern auch gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und die nationale Befreiungsbewegung gerichtet sind. Sie hat den Apparat der Gewaltanwendung und der Unterdrückung ungeheuerlich aufgebläht".

Überall ist ein Anwachsen des imperialistischen Machtapparates zu verzeichnen. Die Militarisierung der USA wird mit jedem Jahr intensiver betrieben. Die Streitkräfte sind heute auf über 3,4 Millionen Mann angewachsen, mehr als das Achtfache des Jahres 1940; davon sind rund 1,5 Millionen im Ausland stationiert. Über 2 000 militärische Anlagen und Stützpunkte hat der amerikanische Imperialismus in 119 Ländern errichtet. Die Zahl seiner Polizei- und Geheimdienst-Organisationen steht an erster Stelle in der Welt. Die Armee Großbritanniens wurde in den letzten drei Jahrzehnten fast verdoppelt und die Polizei um ein Drittel verstärkt. In derselben Zeit wurden die Polizeikräfte Frankreichs um 50 Prozent erhöht und besonders nach den Maiunruhen 1968, zu einer regelrechten Bürgerkriegsarmee ausgebaut (mit Panzern und chemikalischen Waffen). Die Bundeswehr mit wenigstens 450 000 Mann, dazu Reservisten, die kasernierte Bereitschaftspolizei (und andere Polizeiformationen) und Grenzschutz sind zu einer starken Machtposition des westdeutschen Imperialismus ausgebaut worden. Hinzu kommen noch Werkschutzformationen. Angesichts dieses gewaltigen Machtapparates und der Aggressivität des Imperialismus anzunehmen, die herrschende monopolkapitalistische Klasse würde gewissermaßen "Gewehr bei Fuß" stehen und zusehen, wie die Arbeiterklasse und ihre Verbündeten ihr die Macht "friedlich" aus den Händen nehmen, ist unverantwortlich und abenteuerlich. Lenin erteilte in "Staat und Revolution" solchen Auffassungen eine entschiedene Abfuhr, wenn er schrieb:

> "Insbesondere aber weist der Imperialismus, die Epoche des Bankkapitals, der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus eine ungewöhnliche Stärkung der 'Staatsmaschinerie' auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparates in Verbindung mit einer Verstärkung der Repressivmaßregeln gegen das Proletariat sowohl in den monar-

chistischen als auch in den freiesten republikanischen Ländern".

Gerade die Ereignisse nach dem II. Weltkrieg zeigen die blutigen Spuren der imperialistischen Söldner in China, Griechenland, Korea, Algerien, Kuba, Laos, Vietnam, Kongo u.a. Überall in der Welt, wo die Völker um ihre Freiheit kämpfen, setzen die Imperialisten, an der Spitze die amerikanischen, Waffengewalt zur Niederschlagung der Freiheitsbewegungen dieser Völker ein. Alle diese Ereignisse beweisen die Unsinnigkeit der These vom "friedlichen Weg" in der Epoche des Imperialismus. Diese dient nur dazu, die revolutionäre Kampfkraft der Arbeiterklasse zu lähmen. Die chinesischen Kommunisten haben daher recht, wenn sie im "8. Kommentar" zu den Auseinandersetzungen im kommunistischen Weltlager schreiben:

> "Nun möchten wir die Führung der KPdSU fragen: Wenn ihr schon so viel Aufhebens von den neuen Besonderheiten der Nachkriegssituation macht, warum zieht ihr es dann vor, die wichtigste und hervorstechendste Besonderheit, daß nämlich die amerikanischen und die anderen Imperialisten jede Revolution niederschlagen wollen, zu vertuschen? Wenn ihr schon unausgesetzt den friedlichen Übergang im Munde führt, warum schweigt ihr dann darüber, wie man die kolossale Gewalt- und Unterdrückungsmaschine des Imperialismus und aller Reaktionäre bekämpfen soll? Ihr bemäntelt unverschämt die blutige Wirklichkeit der brutalen Unterdrückung von nationalen Befreiungs- und revolutionären Volksbewegungen durch den Imperialismus und alle Reaktionäre und verbreitet Illusionen, daß die geknechteten und unterdrückten Völker auf friedlichem Wege den Sieg erringen könnten. Ist es nicht klar, daß ihr damit nur die Wachsamkeit der Völker einschläfert, die empörten Volksmassen mit leeren Phrasen von einer herrlichen Zukunft beruhigt und euch ihrer Revolution widersetzt, daß ihr dadurch praktisch zu Helfershelfern des Imperialismus und aller Reaktionäre werdet?"

Mit dem Stimmzettel den bis an die Zähne bewaffneten Monopolkapitalismus stürzen zu wollen, das ist schon nicht mehr Naivität, das ist Verrat an der Arbeiterklasse. Das bedeutet, wenn man die Arbeiterklasse nicht auf die bewaffneten Kämpfe vorbereitet, daß man sie wehrlos in das Maschinengewehrfeuer der staatlichen Bürgerkriegstruppen treibt. 1920 warnte Lenin in einem Artikel "Falsche Reden über Freiheit" die italieni-

schen Arbeiter:

> "Die Bourgeoisie Italiens und der ganzen Welt wird keine Mühe sparen, wird vor keinem Verbrechen und vor keiner Barbarei zurückschrecken, um die Macht dem Proletariat nicht überlassen zu müssen, die Macht des Proletariats zu stürzen."

Zwei Jahre später hatte Mussolini die Macht übernommen. Darum hat die Feststellung Lenins auch heute Gültigkeit, heute erst recht, denn der Machtapparat, über den das Monopolkapital verfügt, ist seitdem um ein Vielfaches stärker geworden.

3. Die Wirkung der bürgerlichen Ideologie und die Monopolisierung der Propagandainstrumente zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung

Der Imperialismus verbindet seine blutigen Handlungen mit einer wüsten antikommunistischen Propaganda. Der ideologische Feldzug bereitet den militärischen Feldzug vor und unterstützt ihn. Dafür wird ein gewaltiger Propagandaapparat eingesetzt. Das Monopolkapital hat die Instrumente zur Beeinflussung der sogenannten öffentlichen Meinung monopolisiert. Darüber berichtet Konstantinowsky in einem Artikel "Die Geheimwaffe der Kriegsbrandstifter" in Nr. 8 "Neue Welt" vom April 1952 in anschaulicher Weise. Er zitiert einen amerikanischen Kritiker über die Monopolisierung des amerikanischen Rundfunks und fährt fort:

> "Doch das kann man auch vom kapitalistischen Film sagen, der es den Hollywooder Geschäftsleuten gestattet, Tag für Tag in das Bewußtsein von Millionen Menschen einzudringen, in ihnen Haß, Furcht, Wollust, Habgier und verbrecherische Neigungen wachzurufen, ihren Schlaf und ihre Träume zu kontrollieren, ihr Bewußtsein zu zersetzen und zu vergiften.
>
> Schließlich trifft das in noch stärkerem Maße auf die kapitalistische Presse zu. Da die amerikanischen Zeitungen mit ihrer 50-Millionen-Auflage und die Zeitschriften mit ihrer 100-Millionen-Auflage unter der Kontrolle der Monopole stehen, ist das amerikanische Volk das am schlechtesten informierte Volk der Welt.
>
> Druckpresse, Rundfunk, Film (dazu kommt heute noch das Fernsehen - d.Red.) - das sind die Hauptinstrumente der kapitalistischen Propaganda. Umwälzungen in der Technik, Massenproduk-

tion, Standardisierung, Zusammenschluß und als deren Ergebnis der Finanz- und Monopolkapitalismus - hierauf beruht die völlig neue Situation auf dem Gebiet der Produktion und der Verbreitung von Ideen durch den Kapitalismus ...

Kennzeichnend für den Apparat zur Formung der öffentlichen Meinung in den USA ist das Monopol. In 25 amerikanischen Großstädten gehören sämtliche Zeitungen drei Eigentümern. Von insgesamt 1 500 Personen bzw. Gesellschaften, in deren Besitz sich die amerikanischen Zeitungen befinden, kontrollieren zehn annähernd 30 Prozent der Gesamtauflage. Auch die Papierherstellung liegt in den Händen der Monopole.

Ein nicht geringerer Konzentrationsgrad ist im Rundfunkwesen zu beobachten. 600 große Rundfunkstationen, das heißt 85 Prozent aller amerikanischen Sender, sind vier Radiokonzernen angeschlossen. Die Herren der amerikanischen Filmindustrie sind an den Fingern abzuzählen. Hollywood befindet sich im Besitz von acht großen Firmen, die in einer Produktionsvereinigung zusammengeschlossen sind. Alle Filmgesellschaften, die dieser Vereinigung angehören, sind von großen Finanzmonopolen der USA unmittelbar abhängig ...

Heutzutage werden alle internationalen Nachrichten, die die bürgerlichen Zeitungen der ganzen Welt abdrucken, praktisch unter der Kontrolle des amerikanischen Informationsstabes fabriziert. Allein die amerikanische Agentur Associated Press bombardiert die Welt Tag für Tag mit Informationen im Umfange von einer Million Wörtern! Die amerikanische Zeitschrift "Readers Digest' wird außerhalb der USA in elf Sprachen mit einer Auflage von 14 Millionen Exemplaren vertrieben. Ebenso gibt es Auslandsausgaben der Zeitschrift 'Life'. Die 'New York Herald Tribune' erscheint auch in Paris. Ganz zu schweigen davon, daß die Yankees eine Reihe großer westeuropäischer Zeitungen einfach aufgekauft haben - von dem französischen 'sozialistischen' 'Populaire' bis zur 'unabhängigen' großen belgischen Zeitung 'Information'. Es darf auch nicht vergessen werden, daß die 'Stimme Amerikas', die in Dutzenden von Sprachen arbeitet, einen grossen Teil der Sendezeit der BBC und anderer westeuropäischer Rundfunkstationen für Übertragungen aus Amerika gekauft hat."

Konstantinowsky berichtet, wie die militärische Aggression des amerikanischen Imperialismus auf Korea mit einem gegen die ganze Welt gerichteten psychologischen Angriff verbunden war, als Präsident Truman in seiner Erklärung am 27.6.50 den Befehl zur Aggression gab:

> "56 Rundfunkstationen Südamerikas, Japans, Australiens, Afrikas und Westeuropas sowie sämtliche USA-Sender unterbrachen ihr Programm, um den Wortlaut einer Erklärung des Präsidenten feierlich verlesen zu lassen.
>
> 10 000 Worte Kommentar zum Beschluß Trumans übermittelte am selben Tage das offizielle Washingtoner Informationsbüro durch Telegraf und Funk nach Westeuropa. Auf 120 000 Worte beliefen sich die Meldungen und Kommentare, die die amerikanischen Agenturen Associated Press, United Press und International News Service (die beiden letzteren haben sich inzwischen zusammengeschlossen zu UPI - d.Red.) zu dieser Frage herausgegeben. Acht Sondersendungen, die sich mit dem Beschluß Trumans befaßten und in 28 Sprachen verbreitet wurden, veranstaltete die 'Stimme Amerikas'. Und dieser immense Wortschwall, der sich über die Häupter von Millionen Menschen in der ganzen Welt ergoß, enthielt auch nicht ein Wort der Wahrheit ...
>
> Diesen Tatsachen ist noch folgendes hinzuzufügen: 48 Stunden nach Beginn der amerikanischen Aggression brachte die Hollywooder Firma Republic Pictures einen Film, betitelt 'Die Schlacht um Korea', in 3 000 Kopien heraus."

Nach einer Statistik gab es 1968 in Europa 78 Millionen Fernsehteilnehmer, davon in Großbritannien 15,5, in der Bundesrepublik 15 und in Frankreich 9,5 Millionen. Die Zahl der wirklichen Fernsehzuschauer beträgt schätzungsweise das zwei- bis dreifache.

Niemand wird wohl annehmen, daß diese gewaltige Propagandamaschine bei Parlamentswahlen nicht eingesetzt oder sich neutral verhalten würde. Das gilt für alle kapitalistischen Länder, auch für die Bundesrepublik, wo Springer praktisch das Pressemonopol in Händen hat (siehe "Blinkfüer"-Prozeß). Die Flut der antikommunisti-

schen Propaganda schwillt gerade dann an und läuft durch die Millionen Wahlgelder, die von den Monopolkapitalisten den ihnen hörigen Parteien zugeleitet werden, auf Hochtouren. Sehr richtig schreibt Tirenkow in dem Artikel "Lenin über den amerikanischen Imperialismus" ("Neue Welt", Juni 1949):

> "In den Händen der kapitalistischen Großmonopole befinden sich die Presse (mit deren Hilfe die sogenannte öffentliche Meinung gemacht wird), die Durchführung der Wahlen, die gesamten Verkehrsmittel und die öffentlichen Anstalten. Die Großindustriellen und Bankiers stellen die Gelder, mit deren Hilfe eine für sie günstige Wahl der Amtspersonen zustande kommt. Sie kontrollieren das gesamte wirtschaftliche und politische Leben des Landes."

Mit allen Mitteln der ideologischen Beeinflussung - offenen und versteckten, hetzerischen und scheinbar sachlichen - werden die Wähler gegen die Kommunisten aufgebracht. Das ist bei allen Parlamentswahlen das gleiche Bild. Sich auf den "parlamentarischen Weg" beschränken, heißt also von vornherein vor dem Klassengegner kapitulieren.

4. <u>Die Einschränkung der bürgerlich-demokratischen Rechte und Freiheiten, besonders bei parlamentarischen Erfolgen der Linken</u>

Die Erfahrung in allen kapitalistischen Ländern zeigt, daß die herrschende Klasse die Erringung einer parlamentarischen Mehrheit durch die Kommunisten unmöglich macht, indem sie die demokratischen Rechte einschränkt oder aufhebt oder sogar die Kommunistische Partei verbietet. Grundsätzlich wird darum von der KP Chinas im "8. Kommentar" festgestellt:

> "Die historischen Tatsachen nach dem II. Weltkrieg zeigen erneut, daß nach wie vor nur die Waffengewalt, nicht aber das Parlament den wichtigsten Teil des bürgerlichen Staatsapparates bildet. Denn das Parlament dient lediglich als Aufputz oder als Wandschirm des Regimes der Bourgeoisie. Je nach den Bedürfnissen und Interessen ihrer Herrschaft beschließt die Bourgeoisie die Einführung oder die Abschaffung des Parlamentarismus, ob das Parlament mit mehr oder weniger Autorität ausgestattet werden solle, ob dieses oder jenes Wahlgesetz anzunehmen sei. Angesichts der Tatsache, daß die Bourgeoi-

sie die militärische und bürokratische Maschine kontrolliert, ist eine 'stabile parlamentarische Mehrheit', die das Proletariat durch Wahlen erringen könnte, entweder unmöglich oder unzuverlässig. Die Verwirklichung des Sozialismus auf 'parlamentarischem Wege' ist völlig unmöglich, ist reiner Selbstbetrug und Betrug an anderen. Etwa die Hälfte der kommunistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern befinden sich immer noch in der Illegalität. Für diese Parteien, die nicht einmal eine legale Existenz haben, kann selbstverständlich von der Erringung einer parlamentarischen Mehrheit keine Rede sein ...

Es ist den kommunistischen Parteien in einigen kapitalistischen Ländern wegen verschiedener im bürgerlichen Wahlsystem begründeter ungerechter Beschränkungen sehr schwer, eine Stimmenmehrheit zu erringen, obwohl sie eine legale Stellung einnehmen und an den Wahlen teilnehmen können. Selbst wenn diese kommunistischen Parteien eine Stimmenmehrheit erlangen sollten, kann die Bourgeoisie verschiedene Manöver, unter anderem eine Änderung des Wahlgesetzes unternehmen, um die Kommunisten daran zu hindern, eine Mehrheit der Sitze im Parlament zu erreichen."

In mehreren Ländern gibt es eine Sperrklausel, ähnlich wie in der Bundesrepublik die Fünf-Prozent-Klausel. In Frankreich wurde mehrmals nach dem II. Weltkrieg das Wahlgesetz geändert, um die Mandate der "Kommunisten" zu reduzieren. Bei den Parlamentswahlen des Jahres 1962 erhielt zum Beispiel die KPF etwas über 4 Millionen und die UNR, die Partei de Gaulles, 5,8 Millionen Stimmen. Durch das reine Mehrheitswahlrecht und verschiedene Wahlmachenschaften erhielt die Regierungspartei UNR 235 Abgeordnete, die KPF dagegen nur 41 Abgeordnete im Parlament. Hier zeigt sich das Mißverhältnis zwischen der Zahl der abgegebenen Stimmen und der Zuteilung der Abgeordnetenmandate. In der Bundesrepublik ist das Mehrheitswahlrecht nur deshalb noch nicht eingeführt worden, weil die SPD befürchtet, die Drittel-Sperr-Minorität zu verlieren. Nach dem Verbot der KPD wurden Kommunisten, die als "Unabhängige" kandidierten, unter Anklage gestellt, verurteilt und ihnen das Wahlrecht für 5 Jahre entzogen, obwohl das Recht zu kandidieren im Wahlgesetz verankert war. Die Notstandsgesetze sehen sogar vor, gegebenenfalls das Parlament überhaupt auszuschalten. Selbst in dem Land der "größten parlamentarischen Möglichkeiten", in Italien, wo die KPI 27 Prozent der Wählerstimmen auf sich ver-

einigen konnte, ist die Erringung einer stabilen Mehrheit im Parlament durch staatliche Maßnahmen praktisch undurchführbar gemacht. Lenin hat recht, wenn er in seiner Broschüre "Die Aufgaben des Proletariats in unserer Revolution" schreibt:

> "Die parlamentarische bürgerliche Republik beengt und erdrosselt das selbständige politische Leben der Massen und deren unmittelbare Teilnahme am demokratischen Aufbau des ganzen Staatslebens von oben bis unten."

In den von Lenin verfaßten "Thesen über Demokratie und Diktatur" (März 1919) wurden Grundsätze von allgemeiner Bedeutung für die proletarische Revolution entwickelt. Wir bringen die wichtigsten Thesen auszugsweise:

Aus These 1: "Das Anwachsen der revolutionären Bewegung des Proletariats in allen Ländern hat bei der Bourgeoisie und ihren Agenten in den Arbeitsorganisationen krampfhafte Bemühungen hervorgerufen, ideal-politische Argumente für die Verteidigung der Herrschaft der Ausbeuter zu finden. Unter diesen Argumenten wird die Verwerfung der Diktatur und die Verteidigung der Demokratie besonders hervorgehoben. Die Verlogenheit und Heuchelei eines solchen Arguments ... wird aber jedem klar, der nicht an den Grundsätzen des Sozialismus Verrat üben will."

Die faschistische Diktatur und die bürgerliche Demokratie sind zwei Herrschaftsformen des Kapitalismus. Während die faschistische Diktatur mehr mit dem Mittel des Terrors, aber auch mit dem Mittel des Betruges herrscht, wird in der bürgerlichen Demokratie mehr mit dem Mittel des Betruges, aber auch mit dem Mittel des Terrors regiert. Da die Arbeiterklasse in der bürgerlichen Demokratie mehr legale Möglichkeiten des Kampfes und der Organisation, mehr Rechte und Freiheiten hat, verteidigt sie diese Rechte und Freiheiten gegen jegliche faschistische und reaktionäre Tendenzen, nicht aber die bürgerliche Demokratie als Herrschaftsform des Kapitalismus.

Aus These 3: "Die Geschichte lehrt uns, daß noch nie eine unterdrückte Klasse zur Macht gelangt ist und gelangen konnte, ohne eine Periode der Diktatur durchzumachen, d.h. der Eroberung der politischen Macht und gewaltsamen Niederhaltung des verzweifeltesten, wildesten, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Widerstandes, der immer von den Ausbeutern geleistet wird."

Also nicht durch "Gewinnung einer stabilen Mehrheit im

Parlament" kann nach Lenin die Arbeiterklasse die politische Macht erobern und sichern, sondern nur durch die sozialistische Revolution, die Zerschlagung des kapitalistischen Staatsapparates, einschließlich des bürgerlichen Parlaments und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Aus These 4: "Alle Sozialisten haben in ihren Erklärungen des Klassencharakters der bürgerlichen Demokratie, des bürgerlichen Parlamentarismus, den Gedanken ausgesprochen, der einmal mit der größten wissenschaftlichen Exaktheit von Marx und Engels in den Worten ausgedrückt wurde, daß die demokratische bürgerliche Republik nichts anderes ist als eine Maschine zur Niederhaltung der Arbeiterklasse durch die Bourgeoisie, der Masse der Werktätigen durch eine Handvoll Kapitalisten."

Da jede Herrschaftsform des Kapitalismus - Republik oder Monarchie, bürgerliche Demokratie oder faschistische Diktatur, bürgerliches Parlament oder Militärdiktatur - der Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse dient, richtet sie sich in jedem Falle gegen die kämpfenden werktätigen Massen.

Aus These 5: "Gerade Marx, der die historische Bedeutung der Kommune am meisten schätzte, hat in seiner Analyse derselben den ausbeuterischen Charakter der bürgerlichen Demokratie und des bürgerlichen Parlamentarismus nachgewiesen, bei dem die unterdrückte Klasse das Recht erhält, einmal im Laufe mehrerer Jahre zu entscheiden, welcher Abgeordnete der besitzenden Klassen das Volk im Parlament ver- und zertreten solle."

Hier kennzeichnet Lenin den bürgerlichen Parlamentarismus als Institution des Betruges an den Massen. Und über diesen Weg soll nach Auffassung der Revisionisten die Arbeiterklasse "friedlich zum Sozialismus" gelangen. Das ist der reinste Hohn!

Aus These 6: "Alle bürgerlich-demokratischen Republiken unserer Zeit, auch die deutsche, die von den Verrätern am Sozialismus unter Verhöhnung der Wahrheit als proletarische bezeichnet wird, behalten diesen bürgerlichen Staatsapparat bei. Das beweist immer und immer wieder klar und deutlich, daß das Gebrüll zur Verteidigung der 'Demokratie überhaupt' nichts anderes darstellt als die Verteidigung der Bourgeoisie und ihrer Ausbeutervorrechte".

Auch die modernen Revisionisten wollen, "wenn die demokratischen Kräfte die Macht des Monopolkapitals zurück-

gedrängt haben", den bürgerlichen Staatsapparat und das bürgerliche Parlament beibehalten und allmählich zu Organen des Sozialismus umgestalten. Sie unterscheiden sich nicht von den alten Revisionisten vom Schlage eines Bernstein, Kautsky, Hilferding und Konsorten.

Aus These 8: "Die 'Pressefreiheit' ist ebenfalls eine der Hauptlosungen der 'reinen Demokratie'. Dennoch wissen die Arbeiter, und die Sozialisten aller Länder haben es millionenmal zugegeben, daß diese Freiheit Lug und Trug ist, solange die besten Druckereien und die größten Vorräte an Papier sich in den Händen der Kapitalisten befinden und die Presse unter der Herrschaft des Kapitals, die sich in der ganzen Welt um so deutlicher und schärfer, um so zynischer äußert, je entwickelter die Demokratie und das republikanische Regime sind, wie zum Beispiel in Amerika."

Dazu kommen heute noch Rundfunk und Fernsehen, die von den privaten und staatlichen Monopolen beherrscht werden und von deren Gestaltung die Arbeiterklasse ausgeschaltet ist. Das nennt sich dann "Demokratie und Gleichheit".

Aus These 11: "In dem kapitalistisch entwickelsten Lande des europäischen Kontinents, nämlich in Deutschland, haben die ersten Monate der vollen republikanischen Freiheit, die die Niederwerfung des imperialistischen Deutschland gebracht hat, den deutschen Arbeitern und der ganzen Welt gezeigt, worin der wirkliche Klasseninhalt der bürgerlich-demokratischen Republik besteht. Die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg sind Ereignisse von welthistorischer Bedeutung ..."

Aus These 12: "Was die Sozialisten vor allem nicht verstehen und ihre theoretische Kurzsichtigkeit, ihre Abhängigkeit von den bürgerlichen Vorurteilen, ihren politischen Verrat am Proletariat darstellt, ist, daß in der kapitalistischen Gesellschaft bei einiger Verschärfung des ihr zugrunde liegenden Klassenkampfes es kein Mittelding geben kann zwischen Diktatur der Bourgeoisie und Diktatur des Proletariats. Jeder Traum von irgendeinem Dritten ist eine reaktionäre kleinbürgerliche Lamentation. Dafür zeugt die Erfahrung einer mehr als hundertjährigen Entwicklung der bürgerlichen Demokratie und der Arbeiterbewegung in allen fortgeschrittenen Ländern ..."

Und gerade diese grundlegende Lehre Lenins, die durch

sämtliche Erfahrungen bis heute bestätigt wird, wird von den modernen Revisionisten geleugnet. Sie erklären, daß "ein direkter politischer Übergang vom staatsmonopolistischen Kapitalismus zum Sozialismus nicht möglich" sei und proklamieren: "Zwischen der Herrschaft des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung des Sozialismus liegt die Etappe der Erkämpfung, Errichtung und Entfaltung einer antimonopolistischen Demokratie". (These 28 zu "Imperialismus heute").

Das ist ein Luftschloß und steht im totalen Widerspruch zu Lenins Auffassung, daß es kein Mittelding zwischen Kapitalismus und Sozialismus geben kann. Die Entmachtung der Monopole ist nur durch Zerschlagung ihrer Machtinstrumente möglich, durch revolutionäre Massenkämpfe der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten, einschließlich des bewaffneten Aufstandes. Die "antimonopolistische Demokratie" der Revisionisten als Zwischenglied zwischen dem staatsmonopolistischen Kapitalismus und dem Sozialismus ist nichts anderes als eine Umschreibung für die bürgerliche Demokratie als Herrschaftsform des Kapitalismus. Es soll also der monopolkapitalistische Teufel durch den bürgerlich-demokratischen Beelzebub ausgetrieben werden. Wenn die Arbeiterklasse in ihrem praktischen Kampf von dieser Theorie der Revisionisten ausgeht, wird sie nie zum Sozialismus kommen und gräbt sich ihr eigenes Massengrab. Und das ist auch der Inhalt der "demokratischen Erneuerung" der Bundesrepublik, das heißt der bürgerlichen Demokratie, die im Programm der DKP als "Hauptaufgabe" verkündet wird. Doch wenden wir uns wieder Lenins Thesen zu:

Aus These 20: "Alle Sozialisten, unter ihnen und an ihrer Spitze Karl Marx, haben sich die Vernichtung der Staatsmacht zum Ziel gesetzt. Ohne Verwirklichung dieses Zieles ist die wahre Demokratie, d.h. die Gleichheit und Freiheit nicht erreichbar."

Was unsere Klassiker immer wieder lehren, ist die Zerschlagung der Staatsmacht als Voraussetzung zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft und zum Aufbau des Sozialismus. Der moderne Revisionismus, der seinen Ausgang auf dem XX. Parteitag der KPdSU genommen hat und von den meisten "kommunistischen" Parteien kopiert wurde, stellt Lenin auf den Kopf, wenn es in der Entschließung des XX. Parteitages der KPdSU heißt:

> "In einer Reihe kapitalistischer Länder hat die von ihrem fortgeschrittensten Teil geführte Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen Bedingungen die reale Möglichkeit, unter ihrer Führung die überwältigende Mehrheit des Volkes zu vereinigen und den Übergang

der Hauptproduktionsmittel in die Hände des Volkes zu sichern. Die rechten bürgerlichen Parteien und die von ihnen gebildeten Regierungen machen immer häufiger Bankrott. Unter diesen Bedingungen hat die Arbeiterklasse die Möglichkeit - indem sie die werktätige Bauernschaft, breite Kreise der Intelligenz und alle patriotischen Kräfte um sich schart und den opportunistischen Elementen, die sich von der Politik des Paktierens mit den Kapitalisten und Gutsbesitzern nicht loszusagen vermögen, eine entschiedene Abfuhr erteilt - den reaktionären, volksfeindlichen Kräften eine Niederlage zuzufügen, eine stabile Mehrheit im Parlament zu erobern und es aus einem Organ der bürgerlichen Demokratie zu einem Instrument des wirklichen Volkswillens zu machen."

Diese Auffassung ist einer der Hauptpunkte der revisionistischen Linie und wird in dem sowjet-revisionistischen Lehrbuch "Grundlagen des Marxismus-Leninismus", 1960 unter Leitung von O.W. Kuusinen herausgegeben, wie folgt erläutert:

> "Der parlamentarische Weg des Übergangs zum Sozialismus hätte für die Arbeiterklasse viele Vorteile. Die Formierung der neuen Macht durch eine für viele Länder so traditionelle Einrichtung wie das Parlament verliehe dieser sofort die notwendige Autorität, was die folgenden sozialistischen Umgestaltungen erleichtern würde. <u>In diesem Falle wäre jeglicher Widerstand gegen den sozialistischen Umsturz nicht nur faktisch, sondern auch juristisch ungesetzlich und gegen den Willen der Nation gerichtet, der im Parlament seinen Ausdruck findet."</u>

Der Widerstand der Bourgeoisie zur Verteidigung ihrer Herrschaft wird hier sogar als "juristisch ungesetzlich" erklärt, als ob Rechtsfragen nicht Machtfragen wären. Die modernen Revisionisten rutschen auf die Plattform der alten Revisionisten vom Schlage Kautskys hinab. Lenin zitiert Kautsky in "Staat und Revolution", und man vermeint die modernen Revisionisten zu hören:

> "Seine (des Massenstreiks) Aufgabe, fährt Kautsky fort, kann nicht die sein, die Staatsgewalt zu zerstören, sondern nur die, eine Regierung zur Nachgiebigkeit in einer bestimmten Frage zu bringen oder eine dem Proletariat feindselige Regierung durch eine ihm entgegenkommende zu ersetzen ... Aber nie und nimmer kann dies (d.h. der Sieg des Proletariats über die feindselige Regierung) zu einer Zerstörung der Staatsgewalt, sondern stets

nur zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Staatsgewalt führen ... Und das Ziel unseres politischen Kampfes bleibt dabei das gleiche, das es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung." (Bemerkungen in Klammern von Lenin).

Der Gleichklang der Auffassungen der alten und neuen Revisionisten ist offensichtlich, und für beide gilt, was Lenin zur Charakterisierung der obigen Auffassung Kautskys schreibt:

> "Das ist schon waschechter und trivialster (abgedroschenster - d. Red.) Opportunismus, ist die Preisgabe der Revolution in der Tat bei einem Lippenbekenntnis zur Revolution."

5. Der Sozialdemokratismus als Agentur des Imperialismus in der Arbeiterklasse

Die "Erringung einer stabilen Mehrheit im Parlament" ist weiterhin undenkbar, ohne den Sozialdemokratismus zu überwinden. Lenin deckte die ökonomischen Wurzeln des Opportunismus in seinem Werk "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" auf:

> "Dadurch, daß die Kapitalisten eines Industriezweiges unter vielen anderen oder eines Landes unter vielen anderen usw. hohe Monopolprofite herausschlagen, bekommen sie ökonomisch die Möglichkeit, einzelne Schichten der Arbeiter, vorübergehend sogar eine ziemlich bedeutende Minderheit der Arbeiter, zu bestechen und sie auf die Seite der Bourgeoisie des betreffenden Industriezweiges oder der betreffenden Nation gegen alle übrigen hinüberzuziehen. Diese Tendenz wird durch den verschärften Gegensatz zwischen den imperialistischen Nationen wegen der Aufteilung der Welt noch verstärkt. So entsteht der Zusammenhang zwischen Imperialismus und Opportunismus, eine Erscheinung, die sich am frühesten und krassensten in England geltend machte, weil dort gewisse imperialistische Züge der Entwicklung bedeutend früher als in anderen Ländern zum Vorschein kamen."

Man kann den Sozialdemokratismus als Träger des Opportunismus und Revisionismus nicht überwinden, wenn man die längst widerlegten Theorien aus der Mottenkiste der II. Internationale, der Bernstein und Kautsky, hervorholt und als "neue Linie" präsentiert, wie das die modernen Revisionisten tun. Diese falschen Theorien wur-

den vor Jahren von der Führung der SED, als sie noch nicht revisionistisch verseucht war, richtig charakterisiert. So schrieb Walter Ulbricht 1949 in einem Artikel "Die Bedeutung der Lehren und Erfahrungen der KPdSU für die SED" ("Neue Welt" Nr. 21/49) treffend:

> "Das Unglück der deutschen Arbeiterbewegung besteht darin, daß zu Beginn der Periode des Imperialismus Anfang dieses Jahrhunderts bereits starke Organisationen der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und der Genossenschaften bestanden, in denen die rechtsopportunistischen Kreise entscheidenden Einfluß hatten. Die Sozialdemokratische Partei war ein Wahlverein. Es herrschte eine Ideologie der Überschätzung der Mitgliederzahl. Alles wurde auf die Karte der Gewinnung von Wahlstimmen gesetzt. Die Organisation war orientiert auf die Erreichung höherer Stimmenzahl bei den Wahlen und die Durchsetzung friedlicher Reformen ...
>
> Die deutsche Sozialdemokratie und die Sozialdemokratische Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki) gingen zwei verschiedene Wege. Die deutsche Sozialdemokratie hoffte auf den friedlichen Übergang zum Sozialismus mit den Methoden der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie. Sie glaubte, die herrschende Klasse werde friedlich und schrittweise die Staatsmacht übergeben."

Und Wilhelm Pieck ergänzte 1951 diese richtige Stellungnahme in dem Artikel "Karl Liebknechts Vermächtnis für unseren Kampf gegen Militarisierung und Kriegsgefahr" ("Neue Welt" Nr. 17/51) wie folgt:

> "Die deutsche Sozialdemokratie hatte die neue Phase in der kapitalistischen Entwicklung nicht erkannt. Sie sah nicht, daß mit dem Monopolkapitalismus das Verfallsstadium des kapitalistischen Systems begann, daß eine Periode schärfster Klassenkämpfe und kriegerischer Zusammenstöße angebrochen war, daß - nach der Leninschen Definition - der Imperialismus der Vorabend der proletarischen Revolution ist. Demzufolge erkannte sie auch nicht, daß die alten traditionellen Formen des Klassenkampfes, der vorwiegend parlamentarische Kampf, überholt waren, daß die Massen auf den revolutionären Kampf um den Sturz der Herrschaft des Monopolkapitals vorbereitet werden mußten. In der Sozialdemokratie machte sich vielmehr der Revisionismus breit, der die Klassenharmonie und das friedliche Hineinwachsen in den Sozialismus predigte."

Noch deutlicher wurde, ebenfalls 1951, Otto Grotewohl, der als früherer Sozialdemokrat aus eigener Erfahrung die Wirkung der revisionistischen Linie als Gift für die Arbeiterbewegung kannte, als er in dem Artikel "Fünf Jahre SED - fünf Jahre Erfolg" schrieb ("Neue Welt" Nr. 8/51):

> "Nur im ständigen Kampf gegen den Opportunismus durch Überwindung der kleinbürgerlichen Ideologie, durch die Zerschlagung der feindlichen Agenturen innerhalb der Partei, konnte die Partei neuen Typus geschaffen werden. In der vorimperialistischen Periode der relativ friedlichen Entwicklung des Kapitalismus hatte der kleinbürgerliche Opportunismus in fast allen Parteien der II. Internationale die Führung übernommen. Die Irrlehre von der Versöhnung der Klassengegensätze und von der friedlichen Entwicklung zum Sozialismus mit Hilfe des Parlaments verwandelte die sozialdemokratischen Parteien immer mehr in friedliche Wahlvereine. Die Durchdringung der alten Sozialdemokratie mit dem Gift des Revisionismus führte zur Ablehnung des grundsätzlichen revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse zugunsten bestimmter Reformen, die lediglich einer kleinen Schicht von Arbeitern zugute kam. Die revolutionäre Partei August Bebels und Wilhelm Liebknechts entwickelte sich zu einer bürgerlichen Reformpartei, die mit dem Klassenfeind Bündnisse und Abkommen abschloß und schließlich die Interessen der Arbeiterklasse verriet. Der Eintritt des Kapitalismus in das imperialistische Stadium, der Anbruch der Periode von gewaltigen Klassenschlachten stellte die Arbeiterbewegung vor neue Aufgaben ..."

Alle drei Artikel wurden zu einer Zeit geschrieben, als die Veränderung der Weltlage durch das Vorhandensein des mächtigen Lagers des Sozialismus, wodurch die modernen Revisionisten ihre falschen Ansichten begründen wollen, bereits vollzogen war. Und besonders die von ihnen vertretene Theorie des "friedlichen oder parlamentarischen Weges zum Sozialismus" hindert, nach den Worten Otto Grotewohls, "viele sozialdemokratische Genossen, den Weg zum Marxismus-Leninismus zu finden."

Ein typisches Beispiel, wie verhängnisvoll der revisionistische Weg ist, bietet die KP Englands. In England, wo der bürgerliche Parlamentarismus sich nicht nur auf eine alte Tradition stützt, sondern auch eine durch und durch parlamentarisch ausgerichtete Sozialdemokratie die Hauptstütze der Bourgeoisie bildet, ausgerechnet hier hat die Kommunistische Partei bereits

weit vor dem XX. Parteitag der KPdSU, nämlich im Januar 1951, in ihrem Programm den "parlamentarischen Weg zum Sozialismus" verkündet. Wörtlich heißt es in diesem Programm:

> "Nur durch einheitliches Vorgehen aller Organisationen der Arbeiterbewegung wird die Arbeiterklasse imstande sein, ihre Kräfte und alle ihre Verbündeten zu energischen Aktionen zusammenzuschweißen, <u>um die Mehrheit im Parlament zu erringen und eine Volksregierung zu bilden.</u>
>
> Ein Volksparlament und eine Regierung, die ihre Kraft aus der vereinten Volksbewegung schöpft, deren führende Kraft die Arbeiterbewegung ist, wird die überwältigende Mehrheit des Volkes mobilisieren können, um die entscheidenden Maßnahmen zur Brechung der wirtschaftlichen und politischen Macht der großen Ausbeuter zu treffen. Alle gesetzgebenden und ausführenden Organe des Landes werden unter Bedingungen wirken, in denen sie den demokratischen Forderungen des Volkes immer wieder Rechnung tragen und in denen das ganze Volk zur aktiven Beteiligung an der Kontrolle und Verwaltung auf allen Gebieten des Lebens der Nation herangezogen sein wird. <u>Eine der führenden Rollen wird den Gewerkschaften zufallen,</u> ohne die keine einzige Volksdemokratie funktionieren kann."

"Einheitliches Vorgehen aller Organisationen", das heißt durchweg reformistischer Organisationen, unter der "führenden Rolle der Gewerkschaften", die ja bekanntlich kooperativ der Labour Party angeschlossen sind, die "Mehrheit im Parlament zu erringen" - solche Blüten treibt der Opportunismus in der KPE. Kein Wunder, daß bei einer solchen revisionistischen und selbstmörderischen Politik, angesichts des reinen Mehrheitswahlrechtes, die kommunistischen Abgeordneten im englischen Unterhaus schon vor Jahren herausgewählt wurden. Der britische Wähler kann eine solche opportunistische Politik einfacher haben, indem er die Labour Party wählt. Aus diesem Beispiel sollte die DKP ihre Lehren ziehen, wenn sie noch dazu fähig und willens ist.

Stalin schrieb zum 10. Jahrestag der Oktoberrevolution, indem er sich auf Lenin berief ("Fragen des Leninismus"):

> "Es ist unmöglich, dem Kapitalismus den Garaus zu machen, ohne dem Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung den Garaus gemacht zu haben. Deshalb

ist die Ära des Sterbens des Kapitalismus zugleich die Ära des Sterbens des Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung. Die gewaltige Bedeutung der Oktoberrevolution besteht unter anderem darin, daß sie den unausbleiblichen Sieg des Leninismus über den Sozialdemokratismus in der internationalen Arbeiterbewegung bedeutet."

Unmißverständlich schreibt Lenin in "Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus":

> "Der moderne Imperialismus (des XX. Jahrhunderts) hat für einige fortgeschrittene Länder eine privilegierte Monopolstellung geschaffen, und auf dieser Grundlage sind überall in der II. Internationale die Umrisse des Typus der verräterischen Führer, der Opportunisten, der Sozialchauvinisten hervorgetreten, die die Interessen ihrer Zunft, ihrer dünnen Schicht der Arbeiteraristokratie vertreten ...
>
> Der Sieg des revolutionären Proletariats ist unmöglich ohne Kampf gegen dieses Übel, ohne Entlarvung, Brandmarkung und Vertreibung der opportunistischen, sozialverräterischen Führer."

Ganz in diesem Sinne schreibt das ZK der KP Chinas im Brief vom 14.6.63 (These X) an das ZK der KPdSU:

> "Der Sozialdemokratismus ist eine bürgerliche ideologische Strömung. Lenin hat vor langem darauf hingewiesen, daß die sozialdemokratischen Parteien politische Trupps der Bourgeoisie bilden, daß sie Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiterklasse, die bedeutendste soziale Stütze der Bourgeoisie sind. In der grundlegenden Frage der proletarischen Revolution und der Diktatur des Proletariats müssen die Kommunisten jederzeit eine klare Trennungslinie zwischen sich und den sozialdemokratischen Parteien ziehen, den ideologischen Einfluß der Sozialdemokratie in der internationalen Arbeiterbewegung und unter den Arbeitern liquidieren. Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die Kommunisten die unter dem Einfluß der sozialdemokratischen Parteien stehenden Massen für sich gewinnen müssen, daß sie die Linken und die in der Mitte Stehenden in den sozialdemokratischen Parteien, die gewillt sind, gegen das einheimische Monopolkapital und die Kontrolle durch die ausländischen Imperialisten zu kämpfen, gewinnen und mit ihnen im täglichen Kampf der Arbeiterbewegung und im Kampf für die Erhaltung des Weltfriedens auf Massenbasis beruhende gemeinsame Aktionen unternehmen müssen."

Aus alledem geht klar hervor, daß die Arbeiterklasse nur siegen kann, wenn der Sozialdemokratismus in der Arbeiterbewegung überwunden wird. Der moderne Revisionismus hat jedoch den Kampf gegen den Sozialdemokratismus völlig aufgegeben, er verschmilzt mehr und mehr mit ihm und nimmt in dem Maße, in dem die alten sozialdemokratischen Parteien zu offen bürgerlichen "Volksparteien" geworden sind, ihren Platz ein.

II. Marx, Engels und Lenin über die Möglichkeit des friedlichen bzw. parlamentarischen Weges zum Sozialismus und die Schlußfolgerungen

Die Verfechter des friedlichen bzw. parlamentarischen Weges zum Sozialismus berufen sich vielfach auf Marx und Lenin, aber die Auffassung Marx, Engels und Lenins in dieser Frage ist grundsätzlich verschieden von der der modernen Revisionisten.

Bereits Kautsky vertrat seine revisionistische Auffassung mit dem Hinweis auf Marx, indem er sagte:

> "Der Ausdruck 'Diktatur des Proletariats', also Diktatur nicht eines einzelnen, sondern einer Klasse, schließt bereits aus, daß Marx hierbei an eine Diktatur im buchstäblichen Sinne des Ausdrucks gedacht hat.
>
> Er sprach hier nicht von einer Regierungsform, sondern einem Zustande, der notwendigerweise überall eintreten müsse, wo das Proletariat die politische Macht erobert hat. Daß er hier keine Regierungsform im Auge hatte, wird schon dadurch bezeugt, daß er der Ansicht war, in England und Amerika könne sich der Übergang friedlich, also auf demokratischem Wege vollziehen." (zitiert bei Lenin "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" - Ausgewählte Werke, Bd. II, Seite 416)

Tatsächlich hat Marx in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts die Möglichkeit des friedlichen Weges für England und Amerika offen gelassen. Das war jedoch historisch bedingt. Lenin entgegnete Kautsky in der oben genannten Schrift "Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky" mit aller Schärfe:

> "Der 'Historiker' Kautsky fälscht die Geschichte so schamlos, daß er das Grundlegende 'vergißt': Der vormonopolistische Kapitalismus - dessen Höhepunkt gerade die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren - zeichnete sich infolge seiner grundlegenden ö k o n o m i s c h e n Eigenschaften, die in England und Amerika besonders typisch zum Ausdruck kamen, durch eine verhältnismäßig sehr große Friedens- und Freiheitsliebe aus. Der Imperialismus dagegen, d.h. der monopolistische Kapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert seine volle Reife erlangt hat, zeichnete sich infolge seiner grundlegenden ö k o n o m i s c h e n Eigenschaften durch eine sehr geringe Friedens- und Freiheitsliebe und durch

eine sehr große, überall zu verzeichnende Entwicklung des Militarismus aus. Das bei der Beurteilung, inwieweit eine friedliche oder eine gewaltsame Umwälzung typisch oder wahrscheinlich ist, 'nicht bemerken' heißt zu einem ganz alltäglichen Lakaien der Bourgeoisie hinabsinken." (Seite 420/421)

Engels Stellungnahme in dieser Frage war durchaus klar und eindeutig. "Zur Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs 1891" schrieb er:

> "Man kann sich v o r s t e l l e n, die alte Gesellschaft könne friedlich in die neue hineinwachsen in Ländern, wo die Volksvertretung alle Macht in sich konzentriert, wo man verfassungsmäßig tun kann, was man will, sobald man die Majorität des Volkes hinter sich hat; in demokratischen Republiken wie Frankreich und Amerika, in Monarchien wie England, wo die bevorstehende Abkaufung der Dynastie tagtäglich in der Presse besprochen wird und wo diese Dynastie gegen den Volkswillen ohnmächtig ist. Aber in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle anderen Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren, und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt des Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden.
>
> Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen ..." (Sammelband zur deutschen Geschichte).

"Man kann sich vorstellen", (also bloß "vorstellen") schreibt Engels und ließ ebenfalls wie Marx die Möglichkeit eines friedlichen Weges für Frankreich, Amerika und England unter den damaligen Bedingungen offen, aber für Deutschland hielt er bereits die Möglichkeit nicht mehr gegeben und die Proklamierung des friedlichen Weges für gefährlich.

Das ist umso bemerkenswerter, weil Engels selbst die Möglichkeit der Gewinnung einer parlamentarischen Mehrheit für sicher hielt, als er ein Jahr später (1892) in dem Artikel "Der Sozialismus in Deutschland" schrieb:

> "Die Sozialdemokratische Partei, die einen Bismarck gestürzt, die nach elfjährigem Kampf das Sozialistengesetz gebrochen, die Partei, die wie die ansteigende Flut alle Dämme überbraust, die sich über Stadt und Land ergießt, bis in die reaktionärsten Ackerbaudistrikte, diese Partei steht heute auf dem Punkt, wo sie mit fast mathematisch genauer Berechnung die Zeit bestimmen kann, in der sie zur

Herrschaft kommt ...

Dieser kompakten und stets anschwellenden Masse von Sozialdemokraten gegenüber sehen wir nur gespaltene bürgerliche Parteien..."

Heißt das nun, daß Engels damit doch die Möglichkeit des friedlichen Weges zur Übernahme der Macht des Proletariats durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament sah? Das würde bedeuten, Engels glaube an ein friedliches Stillhalten der Bourgeoisie oder einen Verzicht auf revolutionäre Mittel seitens des Proletariats. Engels ist kein Revisionist, darum fährt er in dem obengenannten Artikel unmißverständlich fort:

"Wie oft haben die Bourgeois uns nicht zugemutet, wir sollten unter allen Umständen auf den Gebrauch revolutionärer Mittel verzichten und innerhalb der gesetzlichen Grenzen bleiben, jetzt, da das Ausnahmegesetz gefallen, das gemeine Recht wiederhergestellt ist für alle, auch für die Sozialisten! Leider sind wir nicht in der Lage, den Herren Bourgeois diesen Gefallen zu tun, was aber nicht verhindert, daß in diesem Augenblick nicht wir diejenigen sind, die 'die Gesetzlichkeit kaputtmacht'. Im Gegenteil, sie arbeitet so vortrefflich für uns, daß wir Narren wären, verletzten wir sie, solange dies so vorangeht. Viel näher liegt die Frage, ob es nicht gerade die Bourgeois und ihre Regierung sind, die Gesetz und Recht verletzen werden, um uns durch die Gewalt zu zermalmen? Wir werden das abwarten. Inzwischen: 'Schießen Sie gefälligst zuerst, meine Herren' Bourgeois!

Kein Zweifel, sie *werden* zuerst schießen. Eines schönen Morgens werden die deutschen Bourgeois und ihre Regierung müde werden, der alles überströmenden Springflut des Sozialismus mit verschränkten Armen zuzuschauen; sie werden Zuflucht suchen bei der Ungesetzlichkeit, der Gewalttat."

In der Einleitung zu der Marxschen Schrift "Die Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" (geschrieben von Engels im Jahre 1895 - enthalten ebenfalls in dem Sammelband zur deutschen Geschichte - entwickelt Engels die Grundsätze der parlamentarischen Tätigkeit und das Recht auf Revolution:

"Mit dieser erfolgreichen Benutzung des allgemeinen Stimmrechts war aber eine ganz neue Kampfweise des Proletariats in Wirksamkeit getreten, und diese bildete sich rasch weiter aus. Man fand, daß die

Staatseinrichtungen, in denen die Herrschaft der Bourgeoisie sich organisiert, noch weitere Handhaben bieten, vermittelst derer die Arbeiterklasse diese selben Staatseinrichtungen bekämpfen kann. Man beteiligte sich an den Wahlen für Einzellandtage, Gemeinderäte, Gewerbegerichte, man machte der Bourgeoisie jeden Posten streitig, bei dessen Besetzung ein genügender Teil des Proletariats mitsprach. Und so geschah es, daß Bourgeoisie und Regierung dahin kamen, sich weit mehr zu fürchten vor der gesetzlichen als vor der ungesetzlichen Aktion der Arbeiterpartei, vor den Erfolgen der Wahl als vor denen der Rebellion.

Denn auch hier hatten sich die Bedingungen des Kampfes wesentlich verändert. Die Rebellion alten Stils, der Straßenkampf mit Barrikaden, der bis 1848 überall die letzte Entscheidung gab, war bedeutend veraltet.
Machen wir uns keine Illusion darüber: Ein wirklicher Sieg des Aufstandes über das Militär im Straßenkampf ein Sieg wie zwischen zwei Armeen, gehört zu den größten Seltenheiten."

Heißt das, daß Engels gegen den bewaffneten Aufstand, gegen den gewaltsamen Weg ist? Damit haben die revisionistischen Führer der SPD Jahrzehntelang ihren verräterischen Kurs begründet. Auf Anweisung des Parteivorstandes wurden jedoch folgender Absatz und einige andere Stellen gestrichen, d.h. nicht mit veröffentlicht:

"Heißt das, daß in Zukunft der Straßenkampf keine Rolle mehr spielen wird? Durchaus nicht. Es heißt nur, daß die Bedingungen seit 1848 weit ungünstiger für die Zivilkämpfer, weit günstiger für das Militär geworden sind. Ein künftiger Straßenkampf kann also nur siegen, wenn diese Ungunst der Lage durch andere Momente aufgewogen wird. Es wird daher seltener im Anfang einer großen Revolution vorkommen als im weiteren Verlauf einer solchen und wird mit größeren Kräften unternommen werden müssen. Diese aber werden dann wohl, wie in der großen französischen Revolution, am 4. September und 31. Oktober 1870 in Paris, den offenen Angriff der passiven Ba-rrikadentaktik vorziehen."

Engels zeigt hier auf, daß sich die Bedingungen des Kampfes geändert haben und sich die Kampfformen den neuen Bedingungen anpassen müssen, d.h. von der passiven Barrikadentaktik zur offensiven militärischen Taktik, von Aktionen kleiner Minoritäten zu großen Massenaktionen. Das macht er in folgenden Worten deutlich:

"Haben sich die Bedingungen geändert für den Völkerkrieg, so nicht minder für den Klassenkampf. Die Zeit der Überrumpelungen, der von kleinen bewußten Minoritäten an der Spitze bewußtloser Massen durchgeführten Revolutionen ist vorbei. Wo es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten. Das hat uns die Geschichte der letzten fünfzig Jahre gelehrt. Damit aber die Massen verstehen, was zu tun ist, dazu bedarf es langer, ausdauernder Arbeit, und diese Arbeit ist es gerade, die wir jetzt betreiben, und das mit einem Erfolg, der die Gegner zur Verzweiflung bringt ... Und da ist nur ein Mittel, wodurch das stetige Anschwellen der sozialistischen Streitkräfte in Deutschland momentan aufgehalten und selbst für einige Zeit zurückgeworfen werden könnte: ein Zusammenstoß, auf großem Maßstab, mit dem Militär, ein Aderlaß wie 1871 in Paris. Auf die Dauer würde das auch überwunden. Eine Partei, die nach Millionen zählt, aus der Welt schießen, dazu reichen alle Maschinengewehre aus Europa und Amerika nicht hin. Aber die normale Entwicklung wäre gehemmt, der Gewalthaufe wäre vielleicht im kritischen Moment nicht verfügbar, der Entscheidungskampf würde verspätet, verlängert und mit schweren Opfern verknüpft." (Die letzte unterstrichene Stelle war ebenfalls vom Vorstand gestrichen).

Engels war davon überzeugt, daß die Sozialdemokratische Partei die Macht nicht durch den Stimmzettel erobern kann, sondern daß die herrschende Klasse jeden Rechts- und Verfassungsbruch begehen, jedes Machtmittel einsetzen wird, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Er verhöhnt sie geradezu, wenn er schreibt:

"Um der Sozialdemokratie ernstlich auf den Leib zu rücken, werden sie noch ganz andere Maßregeln ergreifen müssen. Dem sozialdemokratischen Umsturz, dem es gerade jetzt so gut bekommt, daß er die Gesetze hält, können sie nur beikommen durch den ordnungsparteilichen Umsturz, der nicht leben kann, ohne daß er die Gesetze bricht."

In einer vom Vorstand gestrichenen Stelle deutet Engels an, was dann zu tun ist, und zwar keineswegs die Anwendung friedlicher Mittel:

"Brechen Sie also die Reichsverfassung, so ist die

Sozialdemokratie frei, kann Ihnen gegenüber tun und lassen, was sie will. Was sie aber dann tun wird - das bindet sie Ihnen heute schwerlich auf die Nase".

Lenin schreibt zu Engels Auffassung in "Engels Kritik des Entwurfs des Erfurter Programms" unmißverständlich:

> "Daß die deutschen Sozialdemokraten aus Furcht vor einer Wiedereinführung des Ausnahmegesetzes handelten, diese grundlegende Tatsache rückt Engels in den Vordergrund und bezeichnet sie ohne Umschweife als Opportunismus; gerade weil in Deutschland Republik und Freiheit fehlen, erklärt er die Träume von einem 'friedlichen' Weg für völlig sinnlos!"

Daraus geht schon Lenins Stellungnahme zum "friedlichen Weg" hervor. Kein Revolutionär ist an sich gegen die Durchführung einer friedlichen, unblutigen Revolution, am wenigsten Lenin. Aber die Möglichkeit ist so begrenzt, ist nicht nur an bestimmte historische, sondern auch militärische Bedingungen gebunden, so daß es bisher kein erfolgreiches Beispiel hierfür gegeben hat. Eine Möglichkeit des friedlichen Weges hat es z.B. in Rußland vom 17. Februar bis zum 4. Juli 1917 gegeben. Lenin schreibt darüber in der Broschüre "Zu den Losungen" (erschienen Juli 1917). Da es das einzige Beispiel in der Geschichte ist und Lenin die entscheidenden Lehren daraus gezogen hat, unter welchen Bedingungen ein friedlicher Weg überhaupt möglich ist, soll hier Lenin ausführlich zitiert werden. Es ist gleichzeitig eine Verurteilung der modernen Revisionisten, wenn er die Schlußfolgerung aus der damaligen Situation zieht:

> "...Die politische Lage ist jetzt, nach dem 4. Juli, in Rußland eine grundsätzlich andere, als sie in der Zeit vom 27. Februar bis zum 4. Juli war.
>
> Damals, in dieser nunmehr vergangenen Periode der Revolution, herrschte im Staat eine sogenannte 'Doppelregierung', die sowohl materiell als auch formell den unbestimmten Übergangszustand der Staatsmacht ausdrückte. Wir dürfen nicht vergessen, daß die Frage der Staatsmacht die grundsätzliche Frage jeder Revolution ist.
>
> Damals befand sich die Staatsmacht in einem schwankenden Zustand. Sie wurde, laut einem gegenseitigen freiwilligen Abkommen, von der Provisorischen Regierung und den Sowjets geteilt. Die Sowjets stellten Delegationen von der Masse der freien Arbeiter und Soldaten dar, d.h. solcher, die keiner Gewalt von außen unterlagen und bewaffnet waren. <u>Die Waffen in den Händen des Volkes, das Fehlen der Gewalt von</u>

außen über das Volk, - darin bestand das W e s e n der Sache. Dieses eröffnete und sicherte den friedlichen Entwicklungsweg der ganzen Revolution. Die Losung: "Die Übergabe der ganzen Macht an die Sowjets" war eine Losung des nächsten Schrittes auf diesem friedlichen Entwicklungswege. Es war eine Losung der friedlichen Entwicklung der Revolution, eine Losung, die vom 27. Februar bis zum 4. Juli möglich und, natürlich, am wünschenswertesten war - und die jetzt absolut unmöglich geworden ist.

Allem Anschein nach sind sich nicht alle Anhänger der Losung: 'Alle Macht den Räten' genügend darüber im klaren, daß dies eine Losung der friedlichen Vorwärtsentwicklung der Revolution war. Der friedlichen nicht allein in dem Sinne, daß niemand, keine Klasse, keine ernsthafte Kraft damals (vom 27. Februar bis zum 4. Juli) sich der Übergabe der Macht an die Sowjets widersetzen und sie verhindern konnte. Das ist noch nicht alles. Die friedliche Entwicklung wäre damals möglich gewesen, ja sogar in der Hinsicht, daß der Kampf der Klassen und Parteien i n n e r h a l b der Sowjets damals - bei einer rechtzeitigen Übergabe der gesamten Staatsgewalt an sie - möglichst friedlich und schmerzlos sich hätte vollziehen können ... Der friedliche Entwicklungsweg ist unmöglich geworden. Ein unfriedlicher, recht schmerzvoller Weg hat begonnen. Der Staatsstreich des 4. Juli besteht eben darin, daß nach ihm die objektive Lage sich kraß verändert hat. Die schwankende Haltung der Regierung ist zu Ende, die Gewalt an entscheidender Stelle ist in die Hände der Konterrevolution übergegangen ...

Das Wesen der Sache besteht darin, daß diese neuen Träger der Staatsgewalt nur von den revolutionären Massen des Volkes besiegt werden können. Die Bedingung für deren Bewegung ist nicht allein der Umstand, daß sie vom Proletariat geleistet werden, sondern auch, daß sie den Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, die an der Sache der Revolution Verrat geübt haben, den Rücken kehren." (Unterstreichungen von der Redaktion) Aus dem Sammelband: Kampf um die soziale Revolution.

Welche Lehren sind aus den Auffassungen Marx, Engels und Lenins zu ziehen:

Die historischen Bedingungen auf die Marx und Engels sich in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts beriefen und auf die sich die alten Revisionisten in

ihrer Politik des friedlichen Weges fälschlicher Weise stützten, beruhten auf zwei Voraussetzungen:

a) der vormonopolistische Kapitalismus verfügte nicht über einen so gewaltigen Machtapparat wie der um die Jahrhundertwende entstandene Monopolkapitalismus mit seinen imperialistischen Expansionen.

b) der vormonopolistische Kapitalismus vertrat eine verhältnismäßig große Friedens- und Freiheitsliebe, der Monopolkapitalismus unterdrückt dagegen jede Freiheitsbewegung, versklavt die Völker und führt imperialistische und Kolonialkriege, um Maximalprofite zu erringen. Sein Weg ist durch Krieg und Unterdrückung gewaltsam und blutig.

Die modernen Revisionisten konstruieren "historische Bedingungen" für die heutige Zeit, um die falsche Politik des "friedlichen Weges" zu begründen. Sie übertragen die richtige Politik, daß durch das Bestehen eines starken sozialistischen Lagers und einer großen Friedensbewegung in der Welt, imperialistische Kriege nicht mehr unvermeidlich sind, sondern verhindert werden können, indem der Imperialismus in seinem kriegerischen Bestreben gezügelt werden kann, - auf die Durchführung der Revolution.

Da aber eine Revolution nicht exportiert werden kann, wird auch das Bestehen des sozialistischen Lagers die Monopolkapitalisten nicht davon abhalten, alle staatlichen Machtmittel gegen die revolutionären Bestrebungen einzusetzen, um jeden friedlichen Weg unmöglich zu machen.

In dem Bestreben, die falsche Politik des "friedlichen Weges zum Sozialismus" krampfhaft zu verteidigen, zieht z.B. Swjatoslaw Iwanow in der Zeitschrift "Sowjet-Union heute" vom 1.1.65 folgende "historische Parallele" in dem Artikel "Ist der Marxismus ein Dogma?":

> "Es ist hier wohl angebracht, eine historische Prallele zu ziehen. Man denke daran, wie sich der Kapitalismus konstituierte. Die beiden großen Revolutionen in England und Frankreich, die diesen Prozess einleiteten, vollzogen sich durch bewaffnete Aufstände und waren von Bürgerkriegen begleitet, da die historisch dem Untergang geweihte Klasse der Feudalherren nicht gewillt war, freiwillig von der Bühne der Geschichte abzutreten, auf ihre Macht und ihre Privilegien zu verzichten. Später setzten sich die kapitalistischen Verhältnisse in der Welt praktisch ohne weitere

blutigen Auseinandersetzungen durch. Etwas ähnliches erleben wir heute, da der Kapitalismus durch den Sozialismus, den Kommunismus abgelöst wird."

Iwanow beruft sich auf den Marxismus, sogar den schöpferischen. Es hätte doch nahe gelegen, daß Marx und Engels oder später Lenin solche "historischen Parallelen" gezogen hätten, aber das konnten sie nicht, weil das mit Marxismus-Leninismus nichts zu tun hat. Eine solche Parallele gibt es nicht:

a) weil die sozialistische Revolution den kapitalistischen Staatsapparat zerschlagen und den eigenen Staat, die Diktatur des Proletariats, errichten muß. Dagegen übernimmt der Kapitalismus in der bürgerlichen Revolution (ob blutig oder unblutig) die fertige Staatsmachine, um sie für die eigenen Zwecke zu benutzen.

b) die Bourgeoisie mußte sich bei der Durchführung der bürgerlichen Revolution auf die Bauern, die die Leibeigenschaft abschütteln wollten, und auf die Arbeiter, die die bürgerlichen Rechte für sich erkämpfen wollten, stützen. Die revolutionäre Kampfkraft der Arbeiter und Bauern jagte aber der Bourgeoisie ebenso wie der feudalen Regierung einen solchen Schrecken ein, daß die Bourgeoisie mit der Regierung einen Kompromiß einging. Marx schrieb 1848:

> "Die hohe Bourgeoisie, von jeher antirevolutionär, schloß aus Furcht vor dem Volk, d.h. vor den Arbeitern und der demokratischen Bürgerschaft, ein Schutz- und Trutzbündnis mit der Reaktion ...
>
> Die französische Bourgeoisie von 1789 ließ ihre Bundesgenossen, die Bauern, keinen Augenblick im Stich. Sie wußte, die Grundlage ihrer Herrschaft war Zertrümmerung des Feudalismus auf dem Lande, Herstellung der freien, grundbesitzenden Bauernklasse. Die deutsche Bourgeoisie von 1848 verrät ohne allen Anstand die Bauern, die ihre natürlichen Bundesgenossen, die Fleisch von ihrem Fleisch sind und ohne die sie machtlos ist gegenüber dem Adel ..."

Das ist der wesentliche Unterschied, der von Lenin noch besonders mit folgenden Worten unterstrichen wurde ("Prawda" vom 6.6.1913 - in Sammelband zur deutschen Geschichte):

> "Bis jetzt ist Preußen das Muster eines Landes, in dem sich die erstaunliche ökonomische Macht der Bourgeoisie mit ihrer erstaunlichen Kriecherei vor

den Krautjunkern vereinigt ..."

Das war der friedliche Weg der Bourgeoisie!

c) die ökonomischen Interessen der Bourgeoisie und der Feudalisten verschmolzen ineinander. In dem "Lehrbuch für den Geschichtsunterricht" Bd. III (für das 7. Schuljahr in der DDR) heißt es:

"Von 1816 bis 1848 kauften sich in Preußen über 70 000 größere Bauern mit einem Gesamtgrundbesitz von mehr als 5 Millionen Morgen von den feudalen Lasten los, die sie an die Junker zu leisten hatten. Das waren sechs siebentel aller größeren Bauern. Von den kleineren Bauern, die die Mehrzahl der bäuerlichen Bevölkerung ausmachten, konnten sich nur etwa 200 000 loskaufen ...

Mit den Ablösegeldern errichteten die Junker auf ihrem eigenen Lande Dampfmühlen, Zuckerfabriken und Schnapsbrennereien. Sie brauchten für die neuen Unternehmen keine Steuern zu entrichten. Einen Teil ihrer ehemaligen Leibeigenen stellten sie dort als Arbeiter ein. Auch unter den kleineren Bauern, die sich freigekauft hatten, fanden sie billige Arbeitskräfte. Viele dieser Bauern hatten nämlich so viel Land von ihrem kleinen Besitztum abgeben müssen, daß sie ihre Familien nicht mehr ernähren konnten. Sie boten sich in ihrer Not den Junkern als Tagelöhner an. Auch auf ihren Gütern beuteten die Junker nun nicht mehr frondienstpflichtige Bauern aus, sondern Lohnarbeiter, landlose Knechte und Mägde sowie landarme Tagelöhner. Sie bewirtschafteten ihre Güter kapitalistisch, deshalb wurden sie Agrarkapitalisten genannt. Mit verbesserten Geräten und landwirtschaftlichen Maschinen zogen die Gutsherren größere Erträge aus ihren Gütern heraus."

Die Verschmelzung der ökonomischen Interessen zwischen Kapitalisten und Junker auf der Grundlage einer gemeinsamen ökonomischen Basis kommt besonders in der Montanindustrie zum Ausdruck. So waren die Herren der Oberschlesischen Kohlenreviers Großgrundbesitzer. Der reichste unter ihnen, der Fürst Henckel von Donnersmark, mit über 27 000 ha Grundbesitz, verfügte über drei Kohlengruben und war beteiligt an Bergbau- und Zinkhüttenbetrieben, Eisenwerken, Banken und Warenhäusern. Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog von Ujest, mit über 42 000 ha Grundbesitz, besaß Bergwerksanteile. Fürst von Pleß herrschte über 60 Güter und Rittergüter von über 50 000 ha, besaß das Bergregal über ein Bergbaugebiet von über 686 Millionen qm der Waldenburger

und Oberschlesischen Bergwerke.

Graf Tiele-Winkler (Neuadel), mit über 45 000 ha Grundbesitz in Schlesien, war beteiligt an der Kattowitzer AG für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb und an der Preussengrube AG.

Graf von Schaffgotsch besaß 6 Güter und gründete die gräflich Schaffgotschen Werke (je 40 Zink- und Kohlengruben).

Diese fünf größten Magnaten wurden reich an Schlesiens Bodenschätzen - Kohle, Zink und Blei - und durch die Ausbeutung der billigen Arbeitskräfte. Ihr Gesamtvermögen wuchs in knapp 1 1/2 Jahrzehnte von 240 auf 565 Millionen Mark.

Umgekehrt wurden Industriekapitäne Besitzer von Rittergütern und landwirtschaftlichen Grundbesitz. Krupp z.B. hat neben 2 300 ha Betriebsgelände noch 3-4 000 ha land- und forstwirtschaftlichen Besitz. Ferdinand von Stumm, vom Kaiser zum Adel erhoben, Herrscher der Montanindustrie des Saargebietes, besaß zwei Rittergüter.

d) Aus Opportunismus verzichtete das Großbürgertum auf die alleinige Ausübung der Macht, sondern strebte eine Beteiligung an der Macht der Junker an. Das war umso leichter möglich, weil eine Verschmelzung der ökonomischen Interessen beider Klassen und damit eine Klassenverschmelzung stattgefunden hatte. Das historische Beispiel des friedlichen Weges des Kapitalismus zur Begründung des friedlichen Weges zum Sozialismus ist deshalb abwegig, weil es zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse keine Interessen- und Klassenverschmelzung geben kann - die Klassengegensätze sind unüberbrückbar. Das bezieht sich auch auf den Staat. Die Verschmelzung der ökonomischen Interessen der kapitalistischen und feudalen Klasse zog mehr und mehr eine Verschmelzung der Machtausübung nach sich. Der Kapitalismus übernahm mehr und mehr die fertige Staatsmaschine bis zur Verschmelzung des Monopolkapitals mit dem Staatsapparat. Die Arbeiterklasse muß aber den Staatsapparat zerschlagen und die Diktatur des Proletariats als eigene Staatsform aufrichten, um zum Sozialismus zu gelangen. Die "historische Parallele" Iwanows ist falsch, und darum können solche "historischen Parallelen" nur Verwirrung anrichten und den Klassenkampf hemmen.

Lenin bezeichnete als das "Wesen der Sache", daß der friedliche Übergang zum Sozialismus nur möglich ist, wenn zwei entscheidende Voraussetzungen erfüllt sind:

a) die Waffen in Händen des Volkes und

b) das Fehlen der Gewalt von außen über das Volk.

Wer diese beiden Bedingungen nicht beachtet und allgemein vom friedlichen bzw. parlamentarischen Weg zum Sozialismus redet, der ist ein Revisionist, der faktisch die Revolution verrät. Durch die Ausarbeitung und strenge Beachtung der historischen und militärischen Bedingungen durch Marx, Engels und Lenin über die Möglichkeit eines friedlichen Weges der Revolution - darin unterscheiden sich unsere Lehrmeister sowohl von den alten, wie von den modernen Revisionisten. Das Bestehen des sozialistischen Lagers ändert nichts an der grundsätzlichen Seite, am "Wesen der Sache".

Zur Rechtfertigung ihres falschen Standpunktes über den friedlichen Weg zum Sozialismus führen die modernen Revisionisten zwei "Beispiele" aus der Geschichte an: die Ereignisse in der Tschechoslowakei im Februar 1948 und die ungarische Revolution im Jahre 1919. Das ist in beiden Fällen eine Entstellung der Geschichte. Beide Ereignisse werden sehr anschaulich und deutlich im "8. Kommentar" zum Offenen Brief des ZK der KPdSU von der KPChinas richtiggestellt:

> "Die KP Ungarns bereitete intensiv auf allen Gebieten den bewaffneten Aufstand vor: Bewaffnung der Arbeiter, Propaganda unter den Regierungstruppen, Organisierung der demobilisierten Militärangehörigen, Veranstaltung bewaffneter Demonstrationen, Mobilisierung der Arbeiter zur Vertreibung der Fabrikdirektoren und zur Besetzung der Betriebe, Mobilisierung der Landarbeiter zur Besetzung der großen Landgüter, Entwaffnung der reaktionären Offiziere sowie der reaktionären Truppen und der Polizei, Verbindung des bewaffneten Aufstands mit den Streikkämpfen usw. Tatsächlich fanden während der ungarischen Revolution mehrere in Form und Ausmaß unterschiedliche bewaffnete Kämpfe statt ...
>
> Die volksdemokratische Staatsmacht in der Tschechoslowakei wurde während des antifaschistischen Krieges errichtet, aber nicht 'friedlich' aus den Händen der Bourgeoisie übernommen. Während des zweiten Weltkrieges führte die Kommunistische Partei das Volk in einen antifaschistischen Partisanenkrieg und zu bewaffneten Aufständen. Mehr noch, mit Hilfe der Sowjetarmee vernichtete sie die Truppen der deutschen Faschisten und das Regime ihrer Handlanger in der Tschechoslowakei und errichtete eine Koalitionsregierung der Nationalen Front. Dem Wesen nach war diese Regierung eine Diktatur der

Volksdemokratie unter Führung dew Proletariats, also eine Form der Diktatur des Proletariats.

Im Februar 1948 versuchten die einheimischen Reaktionäre in der Tschechoslowakei, mit Unterstützung des amerikanischen Imperialismus einen konterrevolutionären Staatsstreich zu inszenieren, und bereiteten einen bewaffneten Aufstand vor, um die Volksmacht zu stürzen. Aber die von der Kommunistischen Partei geführte Regierung setzte sofort Streitkräfte ein, organisierte zugleich bewaffnete Massendemonstrationen und vereitelte damit den Plan der konterrevolutionären Restauration der Bourgeoisie."

Es gibt darum kein Beispiel in der Geschichte, das die erfolgreiche Durchführung des friedlichen Weges beweist.

III. Über die Ausnutzung aller Formen des Klassenkampfes

Man wirft der KP Chinas vor, sie lehne grundsätzlich den friedlichen Weg ab und verlange unbedingt nur den gewaltsamen, blutigen Weg zum Sozialismus. Das stimmt nicht! In der These XI. des Briefes der KP Chinas vom 14.6.63 wird betont:

> "Kommunisten würden immer den Übergang zum Sozialismus auf friedlichem Wege vorziehen. Aber kann man den friedlichen Übergang zu einem neuen weltstrategischen Prinzip für die internationale kommunistische Bewegung machen? Durchaus nicht ...
>
> Jene Propheten dagegen, die alle ihre Hoffnungen auf den 'friedlichen Übergang' setzen, gehen vom historischen Idealismus aus, ignorieren die fundamentalen Widersprüche in der kapitalistischen Gesellschaft, verwerfen die marxistisch-leninistischen Lehren über den Klassenkampf, und kommen so zu völlig unbegründeten subjektiven, voreingenommenen Schlüssen. Wie können Menschen, die den Marxismus verwerfen, bei Marx Hilfe finden? ...
>
> Die Partei des Proletariats muß sich auf zwei Taktiken vorbereiten: Während sie sich auf die friedliche Entwicklung der Revolution vorbereitet, muß sie gleichzeitig auch ausreichend auf eine nicht friedliche Entwicklung der Revolution vorbereitet sein. Die Partei des Proletariats sollte ihre Hauptaufmerksamkeit auf die harte Arbeit richten, revolutionäre Kräfte zu sammeln, um bereit zu sein, den Sieg in der Revolution zu erringen, wenn die Bedingungen reif sind, oder, falls die Imperialisten und Reaktionäre plötzlich mit Überfällen und bewaffneten Angriffen vorgehen, ihnen mit einem tatkräftigen Gegenangriff zu begegnen.
>
> Ist sie nicht darauf vorbereitet, dann wird der revolutionäre Wille des Proletariats gelähmt, dann entwaffnet sie sich ideologisch, dann gerät sie politisch und organisatorisch in völlige, unvorbereitete Passivität und trägt schließlich die Sache der proletarischen Revolution zu Grabe".

Gleichzeitig wird in der folgenden These (XII) vor leichtsinnigem Verhalten der Revolution gegenüber gewarnt:

> "Wenn die proletarische Partei leichtsinnig mit der Revolution beginnt, bevor noch die objektiven Bedingungen herangereift sind, so ist das 'linkes'

Abenteurertum. Wenn aber die objektiven Bedingungen reif sind und die proletarische Partei es nicht wagt, die Revolution zu leiten und die Macht zu ergreifen, dann ist das Rechtsopportunismus".

Noch deutlicher wird diese marxistisch-leninistische Auffassung im "8. Kommentar" von den chinesischen Kommunisten formuliert:

> "Eine energische Führung zielt in den Tageskämpfen hauptsächlich darauf ab, die revolutionären Kräfte zu sammeln und den Sieg der Revolution in dem Moment, da die Bedingungen für sie reif sind, vorzubereiten. Die proletarische Partei muß durch die in verschiedenen Formen geführten Tageskämpfe das Bewußtsein des Proletariats und der Volksmassen heben, die Reihen der eigenen Klasse schulen und ihre Kampfkraft stählen; sie muß sich ideologisch, politisch, organisatorisch und militärisch auf die Revolution vorbereiten. Nur dadurch wird man, wenn die revolutionäre Situation herangereift ist, die Gelegenheit nicht versäumen, den Sieg zu erringen. Andernfalls wird die Gelegenheit für die Revolution, selbst wenn eine revolutionäre Situation herangereift ist, einfach verpaßt".

Daraus geht hervor, daß eine revolutionäre Partei alle Formen des Klassenkampfes beherrschen und der jeweiligen Situation entsprechend anwenden muß. Die Ausnutzung der jeweiligen Kampfformen und die richtige Anwendung in der jeweiligen Situation geschah meisterhaft durch die Bolschewistische Partei unter Führung Lenins ebenso wie durch die KP Chinas unter Führung Mao Tse-tungs. So heißt es im "8. Kommentar" u.a.:

> "Wir sind seit jeher der Meinung, daß die Partei des Proletariats, um die Arbeiterklasse und die Volksmassen in die Revolution zu führen, es verstehen muß, alle Kampfformen zu beherrschen, sie miteinander zu verbinden und, entsprechend den Veränderungen der Kampflage, schnell eine Kampfform durch eine andere zu ersetzen. Die Partei des Proletariats kann erst dann unter allen Umständen unüberwindlich sein, wenn sie alle Kampfformen beherrscht, friedliche und bewaffnete, offene und geheime, legale und illegale, parlamentarische und Massenkämpfe, Kampf im nationalen und internationalen Maßstab usw.".

Da es keine Revolution ohne eine revolutionäre Situation geben kann, muß die ganze Tätigkeit der revolutionären Partei vor der Revolution in der Sammlung der Kräfte

und der Vorbereitung der Revolution liegen. Dazu dienen die Tageskämpfe, der Kampf um Reformen, die parlamentarische Tätigkeit, der Friedenskampf, die Arbeit in den Massenorganisationen, vor allem in den Gewerkschaften, die gewerkschaftliche und politische Arbeit in den Betrieben, die Vorbereitung und Durchführung von Streiks und Demonstrationen. Ist die revolutionäre Situation da, dann muß sich die revolutionäre Partei mit allen Kräften und mit größter Energie auf den bewaffneten Aufstand konzentrieren, jedes Zögern und Schwanken führt zur Niederlage. Lenin schrieb 1906 über "Die Lehren des Moskauer Aufstandes":

> "Von Streiks und Demonstrationen zu vereinzelten Barrikaden. Von einzelnen Barrikaden zum Massenbau von Barrikaden und Straßenkampf gegen das Militär. Über die Köpfe der Organisation hinweg ging der proletarische Massenkampf von Streik zum Aufstand über. Darin besteht die größte historische Errungenschaft der russischen Revolution, die im Dezember 1905 erreicht worden ist, eine Errungenschaft, die wie alle vorangehenden auch um den Preis der größten Opfer erkauft wurde. Die Bewegung ist vom politischen Generalstreik auf eine höhere Stufe gestiegen".

Den Menschewisten, den Opportunisten, die die Bewegung hemmen wollten, entgegnete Lenin leidenschaftlich:

> "Daher ist nichts kurzsichtiger als die von sämtlichen Opportunisten aufgefangene Ansicht Plechanows, der Streik wäre nicht an der Zeit gewesen, 'man hätte nicht zur Waffe greifen sollen'. Im Gegenteil: man hätte entschlossener, energischer und aktiver zur Waffe greifen sollen, man hätte den Massen die Unmöglichkeit eines lediglich friedlichen Streiks und die Notwendigkeit eines furchtlosen, schonungslosen bewaffneten Kampfes beibringen sollen ..."

Marx und Lenin betrachteten den bewaffneten Aufstand als eine Kunst, deren Hauptregeln genau beachtet werden müssen. Lenin entwickelte die Hauptregeln, gestützt auf Marx, kurz vor der Oktoberrevolution 1917 in "Ratschläge eines Unbekannten":

> "Von den Hauptregeln dieser Kunst leitete Marx ab:
>
> 1. Niemals mit dem Aufstand spielen, und wenn er angefangen ist, genau wissen, daß man bis zu Ende gehen muß.

2. Man muß ein bedeutendes Kräfteübergewicht sammeln am entscheidenden Orte, im entscheidenden Moment, denn sonst wird der Feind, der über eine bessere Vorbereitung und Organisation verfügt, die Aufständischen vernichten.

3. Hat der Aufstand einmal begonnen, so muß man mit der größten Entschlossenheit handeln und unabänderlich und bedingungslos zur Offensive übergehen. 'Die Defensive ist der Tod des bewaffneten Aufstandes'.

4. Man muß suchen, den Feind zu überrumpeln und den Moment zu packen, solange seine Truppen zerstreut sind.

5. Man muß danach streben, täglich irgendwelche kleine Erfolge zu erzielen, (man könnte sagen, stündlich, wenn es sich um eine einzelne Stadt handelt) und um jeden Preis das 'moralische Übergewicht' aufrechtzuerhalten.

Marx rekapitulierte die Lehren aller Revolutionen hinsichtlich des bewaffneten Aufstandes mit den Worten des 'größten Meisters der Revolutionstaktik in der Geschichte', Danton: 'Kühnheit, Kühnheit und noch einmal Kühnheit'."

Marx, Engels, Lenin und Stalin bezeichneten immer wieder in ihren Schriften den bewaffneten Aufstand als höchste Form des Klassenkampfes. Davon wollen die Revisionisten und Opportunisten nichts wissen und anerkennen im äussersten Fall den Streik als höchste Form des Kampfes.

Es ist geradezu ein Hohn auf den Marxismus-Leninismus, wenn Maurice Thorez, jahrzehntelang Vorsitzender der KPF, in einem Artikel "Die Epoche der großen revolutionären Umgestaltungen" in der Zeitschrift "Probleme des Friedens und des Sozialismus" Nr. 11/1962 die "friedliche Koexistenz als die höchste Form des Klassenkampfes" bezeichnete:

"Auf internationaler Ebene tritt die friedliche Koexistenz zwischen den zwei entgegengesetzten sozialen Systemen als Zusammenarbeit und ökonomischer Wettbewerb in Erscheinung. Dank der friedlichen Koexistenz, dank der Sicherung der normalen Lebensbedingungen stellen sich die sozialistischen Länder das Ziel, in einer historisch kurzen Frist der ganzen Welt zu zeigen, wie hoch überlegen die sozialistische Produktionsweise ist, und geben damit der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder die besten Trümpfe für den politischen Kampf in die

Hand. Auch in diesem Sinne tritt die friedliche Koexistenz als die höchste Form des Klassenkampfes in Erscheinung."

Wenn das die höchste Form des Klassenkampfes sein soll, so bedeutet das letzten Endes Verzicht auf die Revolution. Das ist revisionistisch, was auch am Schluß des Artikels zum Ausdruck kommt:

> "Die Arbeiterklasse und ihre marxistisch-leninistische Vorhut sind bestrebt, die Revolution auf friedlichem Wege zu vollziehen. Das würde den Interessen der Wirtschaft (d.h. der kapitalistischen - d.Red.), aber auch den subjektiven Wünschen der Werktätigen entsprechen."

Da Thorez eine andere Möglichkeit des Weges zum Sozialismus gar nicht erst in Erwägung zieht, muß eine solche Politik, wenn sie nicht revidiert wird, sich verhängnisvoll für die französischen Arbeiter und Bauern auswirken. Das zeigte sich 1968 während der Mai/Juni-Ereignisse in Frankreich.

Mitte Mai brach eine gewaltige Protestbewegung der Arbeiter und Studenten gegen die gaullistische Regierung aus. Insgesamt wurden rund 20 Millionen Werktätige von diesem revolutionären Sturm erfaßt. "Die Pariser Zentralen aller Gewerkschaften, der Kommunisten wie der Sozialdemokraten, sind von der revolutionären Bewegung der Arbeiter völlig überrascht worden. Sie waren ebensowenig gerüstet wie die Regierung. Niemand an der Spitze hatte die Fabrikbesetzungen angeordnet, auch nicht geplant ...", schreibt der Pariser Korrespondent der "Frankfurter Rundschau", H. Kepper, am 20. Mai 68. Während sich die Marxisten-Leninisten Frankreichs auf seiten der revolutionären Volksmassen stellten, versuchte die revisionistische Führung der KPF und der CGT (Confédération Générale du Travail = kommunistische Gewerkschaft) die empörten Volksmassen von ihren Aktionen abzuhalten. Der CGT-Generalsekretär Séguy erklärte in einem Interview mit dem Stern-Reporter Braumann:

> "Wir setzen alle unsere Ziele nur innerhalb des konstitutionellen Rahmens durch. Wir sind keine Abenteurer. Wir sind keine Anarchisten. Wir werden den Ablauf der von de Gaulle ausgeschriebenen Neuwahlen nicht stören."

Mit dieser Einstellung retteten sie damals das Regime de Gaulles. Der oben zitierte H. Kepper schrieb nachfolgend unmißverständlich:

> "Sie (die Gewerkschaften) haben jede unmittelbare Solidarisierung zwischen linksextremen Studentengruppen und den revolutionierenden Arbeitern unterbunden. Der kommunistische Gewerkschaftsverband CGT verbat sich jeden Versuch, 'die Arbeiterklasse in ein Abenteuer hineinzuziehen'. Den Vorschlag, daß die Arbeiter die Tore der besetzten Fabriken den Studenten öffnen sollten, um mit ihnen zu diskutieren, nannte der Generalsekretär der CGT 'romantisch'. Nichts könnte deutlicher beweisen, daß die Kommunistische Partei Frankreichs und ihre Gewerkschaften längst eine Institution geworden sind, die ihre Existenz ebensowenig wie die französischen Sozialdemokraten durch einen verhüllten oder offenen Bürgerkrieg aufs Spiel setzen will".

Befriedigt stellte die der Regierung nahestehenden Tageszeitung "Le Monde" fest: "Wenn in diesen Tagen in Frankreich überhaupt noch etwas funktioniert hat, dann verdanken wir es der CGT ..." Die revisionistische Politik der KPF- und CGT-Führer begann schon viel früher, und de Gaulle wußte, was er von ihnen zu halten hatte, schrieb er doch in seinen Memoiren 1942-46 u.a.:

> "Auf Vorschlag des Justizministers genehmigte ich im Nov. 1944 die Amnestierung von Maurice Thorez, der fünf Jahre vorher wegen Fahnenflucht verurteilt worden war ... Ziehe ich in Betracht, was einmal gewesen ist, was sich seitdem ereignet hat und was heute notwendig ist, dann komme ich zu dem Schluß, daß Thorez' Rückkehr in die Leitung der Kommunistischen Partei jetzt mehr Vorteile als Nachteile mit sich bringen kann ... Doch sie (die Kommunisten) werden keine aufrührerische Aktivität entfalten. Nicht einmal einen einzigen Streik wird es geben, solange ich regiere ... Was Thorez angeht, so wird er, obwohl er sich bemüht, die Sache des Kommunismus zu fördern, bei mehreren Gelegenheiten im öffentlichen Interesse handeln. <u>Gleich nach seiner Rückkehr hilft er, die letzten Gruppen der 'Patriotischen Miliz' aufzulösen, die von gewissen Leuten seiner Partei als neuer Untergrund beibehalten wurden</u> ... In seinen Reden wird er nicht müde, den vielen Arbeitern, insbesondere den Bergleuten, vorzuschreiben, soviel wie möglich zu arbeiten und, koste es was es wolle, zu produzieren ..."

Als im November 1945 de Gaulle seine Regierung bildete, forderten die Sozialisten die Einbeziehung der Kommunisten in das neue Kabinett. Thorez verlangte minde-

stens eins der drei wichtigen Ministerien: Verteidigung, Inneres, Äußeres. De Gaulle schreibt dazu in seinen Memoiren:

> "Was ich den Kommunisten anbot, waren lediglich 'Wirtschaftsministerien' ... Die Kommunisten zogen unverzüglich ihre Folgerungen daraus. Schon am nächsten Tag suchte ihre Vertretung mich auf, um mir zu sagen, daß sie bereit seien, in meine Regierung einzutreten, ohne irgendeine Bedingung zu stellen, und daß ich mich auf niemanden fester stützen könne als auf sie ... Wie vorgesehen, erhielten die Kommunisten nur wirtschaftliche Ministerien: Nationale Wirtschaft, Arbeit, Industrieproduktion und Rüstung ..."

Als im Dezember 1945 die Beamten den Generalstreik beschließen wollten, um Gehaltserhöhung zu erzwingen, zeigte sich der offene Verrat der revisionistischen Führung der KPF. De Gaulle schreibt darüber; er war selbst auf's äußerste überrascht:

> "In diesem Augenblick, in dem eine schwere Krise unvermeidlich schien, trat eine seltsame Wendung ein: die Kommunisten halfen mir, sie zu überwinden. In der nächsten Ministerratssitzung sagte plötzlich Maurice Thorez, man dürfe einem untragbaren Druck keinesfalls nachgeben und solle die vom Finanzminister vorgeschlagenen und vom Präsidenten genehmigten Maßnahmen in etwas abgemilderter Form bestätigen. Damit verschwand mit einem Schlage die Gefahr, daß das Kabinett auseinanderfiel. Als am Nachmittag im Vélodrome d'hiver die von den Gewerkschaften beauftragten und der Sozialistischen Partei verbundenen Redner die Versammlung aufforderten, die Arbeit niederzulegen und der Regierung den Kampf anzusagen, wandte sich zur allgemeinen Verwunderung der kommunistische Vertreter gegen die Agitatoren. 'Ein Streik der Beamtenschaft', erklärte er, 'wäre ein Verbrechen gegen das Vaterland!' Dann ließ er, die durch diesen unerwarteten Eklat der 'Arbeiterpartei' hervorgerufene Verwirrung ausnutzend, den Beschluß fassen, den Streik auf jeden Fall erst einmal aufzuschieben. Danach bedurfte es nur noch parlamentarischer Formalitäten, um die Frage zu regeln."

Das ist ein Beispiel revisionistischer Politik der (wie sie sagen) "Ausnutzung von Parlament und Regierung zur Umgestaltung in Organe des Volkswillens, als Mittel des friedlichen Weges zum Sozialismus", eine Politik, die

in Wirklichkeit Verrat an den Interessen der Werktätigen ist. Das ist die von Thorez verkündete "friedliche Koexistenz als höchste Form des Klassenkampfes".

Lenin lehrt uns immer wieder, daß die Arbeiterklasse wohl das Parlament ausnutzen, nicht aber das Schwergewicht auf den parlamentarischen Kampf legen soll. Das gilt ganz besonders heute, wo das Parlament immer mehr an Bedeutung verliert. Aber bereits am 16.9.17 schrieb Lenin in dem Artikel "Man schreckt mit dem Bürgerkrieg":

> "Beim Vergleich der Zahlen über die Wahlen mit den Daten über die als 'parlamentarische' bezeichnete Massenbewegungen wird in bezug auf Rußland durchaus die Beobachtung bestätigt, die wiederholt in Westeuropa gemacht worden ist, nämlich: Die Kraft des revolutionären Proletariats ist vom Standpunkt der Einwirkung auf die Massen und deren Hineinziehung in den Kampf unvergleichlich g r ö ß e r außerhalb des parlamentarischen Kampfes als im parlamentarischen Kampf. Das ist eine sehr wichtige Beobachtung in der Frage des Bürgerkrieges.
>
> Es ist begreiflich, warum alle Umstände und die ganze Situation des Parlamentskampfes und die Wahlen die Kraft der unterdrückten Klasse vermindern im Vergleich mit jener Kraft, die sie faktisch im Bürgerkriege zu entfalten vermögen."

Es gibt genügend Beispiele, wie Kommunisten und revolutionäre Volksmassen erst durch die bittere Erfahrung eines hemmungslosen Terrors faschistischer und reaktionärer Regime den "parlamentarischen bzw. friedlichen Weg" zwangsläufig aufgeben mußten und den bewaffneten Kampf aufnahmen. Leider erst, nachdem Zehntausende blutige Opfer gebracht wurden.

Im "8. Kommentar" zeigt die KP Chinas aus den Erfahrungen der revolutionären Kämpfe der vergangenen Jahre die richtigen Lehren auf. Diese Lehren haben internationale Gültigkeit:

> "Welche sind die wichtigsten Erfahrungen, die uns nach dem zweiten Weltkrieg der Erfolg der proletarischen Revolution in China, Kuba und einer Reihe anderer Länder vermitteln?
>
> Erstens: Die gewaltsame Revolution ist eine allgemeine Gesetzmässigkeit der proletarischen Revolution. Das Proletariat muß durch bewaffneten Kampf die alte Staatsmaschinerie zerschlagen, damit es den Übergang zum Sozialismus bewerkstelligen kann.
>
> Zweitens: Die Bauern sind die verläßlichsten Ver-

bündeten des Proletariats. Es ist daher notwendig, daß das Proletariat sich eng auf die Bauern stützt, eine breite Einheitsfront bildet, die auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern basiert, und auf seine führende Rolle in der Revolution beharrt.

Drittens: Der USA-Imperialismus ist der Erzfeind der Revolution aller Völker. Das Proletariat muß das antiamerikanische nationale Banner hoch erheben und es wagen, einen entschiedenen Kampf gegen den USA-Imperialismus und dessen Lakaien im eigenen Land auszutragen.

Viertens: Die Revolution der unterdrückten Nationen ist ein für die proletarische Revolution unerläßlicher Verbündeter. Das Proletariat aller Länder muß sich vereinigen, es muß sich mit allen unterdrückten Nationen, mit allen gegen den Imperialismus und dessen Handlanger kämpfenden Kräften zusammenschließen, muß mit ihnen eine breite internationale Einheitsfront bilden.

Fünftens: Will man die Revolution, dann muß man eine revolutionäre Partei haben. Ohne eine revolutionäre proletarische Partei, die nach den revolutionären Lehren des Marxismus-Leninismus ausgerichtet und im revolutionären Stil aufgebaut ist, ohne eine Partei, die sich dem Revisionismus und dem Opportunismus gegenüber unversönlich verhält und den reaktionären herrschenden Klassen und ihrer Staatsmacht gegenüber eine revolutionäre Haltung einnimmt, ist der Sieg der proletarischen Revolution, der Sieg der proletarischen Diktatur unmöglich.

Auf den revolutionären bewaffneten Kampf zu beharren ist nicht nur für die proletarische Revolution von erstrangiger Bedeutung, sondern auch für die nationale demokratische Revolution der unterdrückten Nationen."

Eine wichtige Ergänzung dieser Lehren bietet das theoretische Organ der Partei der Werktätigen Vietnams, "Hoc Tap" vom September 1963, indem es schreibt:

"Der Glaube, daß die Möglichkeit einer friedlichen Machtübernahme durch die Arbeiterklasse in den meisten Ländern der Welt auf die Tagesordnung gestellt sei und die außerordentliche Betonung dieser Möglichkeit führen dazu, daß die Arbeiterklasse - absichtlich oder unabsichtlich - ideologisch entwaffnet wird und auf jenen kritischen Moment unvorbereitet ist, in dem es gilt, die Ausbeuterklassen zu schlagen und diese zur Gewalt greifen, um die Revolution zu unterdrücken.

Falsch ist es auch, zu glauben, daß infolge der Existenz der Atomwaffen die einzige Möglichkeit zur Machtübernahme der Arbeiterklasse der friedliche Weg sei. Bei all ihrer zerstörenden Kraft können auch die Atomwaffen die Entwicklungsgesetze der menschlichen Gesellschaft nicht ändern. Sie können einen gewissen Wechsel der militärischen Strategie und Taktik bedingen, niemals aber einen Wechsel der Strätegie und Taktik der Arbeiterklasse. Die Revolutionen in China, Vietnam und Kuba waren alle gewaltsam und haben trotz der Existenz von Atomwaffen zum Sieg geführt."

Die Lehren des Marxismus-Leninismus und die Erfahrungen der internationalen Arbeiter- und nationalen Befreiungsbewegung bedeuten eine eindeutige Verurteilung des Revisionismus und Opportunismus, sowohl in der Frage des Weges zum Sozialismus, wie auch in anderen grundlegenden Fragen.

Die vordinglichste Aufgabe eines jeden Kommunisten und Revolutionärs ist es, sich diese Lehren und Erfahrungen anzueignen.

"Ohne revolutionäre Theorie, keine revolutionäre Bewegung!" (Lenin)

REVOLUTIONÄRER WEG



Probleme
des Marxismus-Leninismus
Theoretisches Organ der KPD/ML

1/69

DREI PROGRAMME –

drei Dokumente
des Revisionismus
und Opportunismus

Im Abstand von rund zwei Jahren wurden von der KPD bzw. DKP drei Programme herausgegeben:

I. Das Wirtschaftsprogramm der KPD
II. Das Parteiprogramm der KPD
III. Die Grundsatzerklärung der DKP

Im REVOLUTIONÄREN WEG Nr.1 werden diese drei Programme einer gründlichen wissenschaftlichen Kritik unterzogen und ihr revisionistischer, opportunistischer Charakter an vielen Beispielen bewiesen.

Bestellungen an: Willi Dickhut, 565 Solingen 11
Ulmenstr.10